



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

105 (3.3.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190285](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190285)



Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

Oberstaatsanwalt Krause führte weiter aus: Im Fall Enigodan ist die Beteiligung des Herrn Erzberger an der Herstellung dieses Hülsmittels möglicherweise tatsächlich aus rein menschlichen Motiven erfolgt, weil Herr Erzberger dieses Mittel für äußerst wirksam hielt. Die Staatsanwaltschaft ist allerdings der Ansicht, daß der Herr Nebenkläger im Jahre 1917 in diesem Falle ebenfalls geschäftliche und politische Angelegenheiten vorquidi hat und daß dies tatsächlich nicht ausschließlich zum Wohle der leidenden Menschheit erfolgte. Auch die Umstände im Falle Berger müssen Bedenken erwecken. Man fragt sich: Sind diese Bedenken nicht auch von Herrn Erzberger geteilt worden? Ich halte die Klugheit des Herrn Erzberger für viel zu groß, als daß er nicht auch in diesem Falle eine Verquickung geschäftlicher und politischer Interessen hätte erblicken müssen, und ich sehe daher diese Verquickung als erwiesen an. Im Falle Angerle sollte Herr Erzberger eine Ausnahme für Herrn Angerle durchsetzen. Er drohte, er werde die Sache im Reichstag zur Sprache bringen und das Vorgehen der Verwaltungsgeschichte enthüllen. Schließlich wurde offenbar auf Grund neuerlicher Schritte des Herrn Erzberger der Vorstoß der Verwaltungsgeschichte zu seinem Vorgesetzten berufen und dieser eröffnete ihm, daß der Präsident des Reichsernährungsamtes ein Entgegenkommen gegenüber Herrn Erzberger unbedingt wünsche, um politischen Verlegenheiten zu vermeiden. Man habe Herrn Erzberger schon große Opfer bringen müssen. Die Verletzung von Bedenkmitteln stellt meiner Ansicht nach eine Ermittelbarkeit Angerles gegenüber Herrn Erzberger dar. Aber es fehlt der Nachweis, daß Herr Erzberger wegen dieses Bediensteten seinen Einfluß für Herrn Angerle ausgeübt hat. Bemerkenswert ist weiter an dieser Stelle die Schwäche und Nachgiebigkeit, die die frühere Regierung gegenüber Herrn Erzberger zeigte. Ich muß dem Angeklagten darin Recht geben, daß diese Erscheinungen Zeichen einer gewissen Korruption sind. Im Falle Komall muß die Staatsanwaltschaft als erwiesen ansehen, daß Herr Erzberger in einer geschäftlichen Angelegenheit seinen politischen Einfluß geltend gemacht hat. Im Falle der Anhydridwerke ist besonders wichtig, was der Zeuge Mauritsius erklärt hat. Er sagte, daß bei der Erledigung der Sache wohl die Unterstützung des einflussreichen Abgeordneten entscheidend gewesen sei. Ich komme zu dem Schluß, daß Herr Erzberger eine weitgehende Fähigkeit für die Firma erlangt hat, an der er als Aktionär beteiligt war. Im Falle Wolff ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Beweis des Angeklagten nicht erbracht worden. Das gleiche gilt auch für den Fall Richter. Was die Angelegenheit des Sezhandelsverbandes anbelangt, so unterliegt keinem Zweifel, daß die drei in Betracht kommenden Verbände, die Herrn Erzberger engagieren wollten, nicht nur die sachmännliche Kenntnis des Nebenklägers, sondern vor allem auch seinen politischen Einfluß sich dienstbar machen wollten. Wichtig ist auch der Kauf der Hapag-Aktien. Es fragt sich, ob der Behauptung des Nebenklägers beigegeben werden kann, daß er diese Aktien in erster Linie gekauft habe, um das Vertrauen der Bevölkerung zur Zukunft unserer Seefahrt wieder zu heben. Diese Angaben sind im wesentlichen durch die Zeugenaussagen des Herrn Reichsministers Giesberts bestätigt worden, obwohl sich dieser Kauf nicht als rein im ökonomischen Interesse selbst darstellt. Auch in diesem Falle ist also meiner Überzeugung nach der Beweis der Verquickung nicht als erbracht anzusehen. Im Falle Dr. Dent haben sowohl Herr Erzberger als auch Dr. Dent ausdrücklich bestätigt, daß das Wohlwollen des Herrn Erzberger nur aus rein freundschaftlichen Gefühlen geführt und ohne jeden finanziellen Untergrund gewesen sei. Im Falle Trippe oder Herr Erzberger mit einer ganzen Reihe von Eingaben an Behörden herangezogen, um seinen Standpunkt durchzusetzen. Dieser Fall grenzt, ich liebe nicht an zu behaupten, an Korruption. Im Falle der Ein- und Ausfuhr von Weizen ist im Zusammenhang zwischen der politischen Tätigkeit und den geschäftlichen Interessen des Herrn Nebenklägers erwiesen ist. Ich komme nun zum letzten Thema. Kurzerwähnung nach dem Zustand. Der Nebenkläger gibt zu, daß er wiederholt Geld zu politischen und kirchlichen Zwecken an das Ausland überwiesen ließ. Das muß zu großen Bedenken Anlaß geben. Ein Reichsfinanzminister hat so viel Möglichkeiten, auf vollkommen einwandfreie Weise Gelder in das Ausland zu schaffen, daß er keinen Weg einschlagen darf, der auch nur zu leisestem Verdacht Anlaß bietet. Ich schreibe deshalb der Beweis für die Behauptung der Verquickung von Geschäft und Politik leitens des Nebenklägers ist in einer Reihe von Fällen und damit überhaupt erbracht.

Nach der Mittagspause ist auch Erzberger erschienen, der am Vormittag fehlte.

Als Frage wird zunächst der Staatsminister Spahn vernommen, der bestritt, daß er an Gedächtnisfälschungen gelitten hat und seine frühere Auffassung austreibt. Er müsse es sich verbitten, von der Anwaltschaft als Trottel behandelt zu werden. Dann erklärte Spahn die Vorgänge in der Zentrumsfraktion: Am 9. Juli sah er den Bericht der Fraktion einen Beschluß dahin, daß Bethmann ein Friedensbündnis sei. Am 12. Juli schloß sich die Fraktion dem an. Dr. Stresemann sagt aus: Erzberger habe sich nicht an ihn gemeldet, sondern Stresemann an Erzberger, um festzustellen, ob ein Vorstoß gegen den Kanzler vorliege. Ich bin erkrankt, daß Erzberger sich nicht an die Unterredung des nächsten Vormittags mit mir trüffelt. Denn sie war der Ausgangspunkt einer Reihe bemerkenswerter Aktionen zur Befestigung des Kanzlers. Am Montag schied ich ihm, als ich gegen den Kanzler sprechen wollte, einen Zettel hinüber, auf dem stand: Sie müssen mir hart setzen, da ich in meiner Fraktion mit Minderheiten zu kämpfen habe, z. B. bei Schiffer. Reichspostminister Giesberts als Zeuge: Wie ich höre, waren in der Zeit der Friedensresolution zwei Zentrumsfraktionen. Die eine war Erzbergens Spahn in der einen Sitzung nicht anwesend. Am 2. oder 3. Juli machte uns Erzberger von der Absicht eines Vorstoßes Mitteilung. Wir haben dergleichen, hierüber in der Fraktion zu diskutieren.

Dr. Wisberg: Wer die Resolution nicht für Sie überrollend. Giesberts: Nein, durchaus nicht. Der Zeuge verliest dann seine Aufzeichnungen aus der damaligen Zeit. Bei der weiteren Zeugenvernehmung handelt es sich um die Vorgänge, die sich vor der Friedensresolution abspielten und die Beziehung mit dem Reichsanwalt über die Resolution betrafen. In den früheren Reichstagen von Bethmann Hollweg richtete Dr. Wisberg u. a. folgende Frage. Giesberts ist hier von Minister Danneberg von einem Besuch bei Ihnen berichtet worden. Konnten Sie daraus entnehmen, daß Erzberger einen Vorstoß, wie er geschehen ist, beabsichtigt hatte. Bethmann Hollweg: Ich kann mich daran erinnern, daß die Herren bei mir waren, um über die innere Situation Vortrag zu halten. Ich kann nur bezeugen, daß das, was Dr. David hier bezeugt hat, nach meinen Notizen stimmt. Die Herren sahen die Situation sehr ernst an. Daß sie ernst war, daran ist kein Zweifel gewesen, aber daß ich durch die Unterredung auf einen Vorstoß Erzbergens vorbereitet worden bin, ist nicht richtig. Es ist richtig, daß die Friedensresolution an sich auf der Linie meiner Politik gelegen hat. Das habe ich im Ausschusse ausdrücklich gesagt und nur behauptet, daß die Resolution gefaßt worden ist im Anschlusse an eine gewisse parteiartige Stimmung, die erzeugt wurde durch die Ausführungen der Sozialdemokraten und durch die des Nebenklägers. Ich habe auch bezeugt, daß sie politisch ungünstig wirken könnte.

Dr. Helfferich: Haben Em. Erzbergens nicht davon gesprochen, daß die Situation nicht derart sei, daß eine Resolution eingebracht werden könnte, da sie die Zerstückelung gewisser Möglichkeiten, zum Frieden zu kommen, bewirken würde? Bethmann Hollweg: Ich kann mich daran nicht recht erinnern, ich hätte solche Möglichkeiten auch immer streng bestritten. Ich habe nur den Herren vorgehalten, daß es aus tatsächlichen Gründen nicht angebracht sei, mit einer neuen Friedensresolution hervorzutreten, weil ich gemäß der Verhandlungsmöglichkeiten mit der Entente einverstanden sein könnte und daß unter Anerkenntnis, Frieden zu schließen, dann schädlich wirken könnte. Ich habe zu den Herren auch noch gesagt, es liegt noch keine Resolution vor, lassen Sie nur keine schlappere Resolution. Ich erinnere mich der fraglichen Unterredung mit Herrn von Bamer sehr genau. Ich sagte ihm, die Oberste Herrensitzung habe verschiedene Einwendungen gegen den Text der Resolution. Bamer antwortete, es sei schwer, noch etwas zu ändern, aber wenn Hindenburg und Ludendorff den Wunsch hätten,

würde er eine Änderung versuchen. Zu diesen Vorgängen wird dann Erzbergens Wahnsinnigkeit vernommen. Er entsinn sich der Unterredung des Herrn von Bamer mit Dr. Helfferich noch sehr genau. Es kam dabei zu sehr scharfen Gegensätzen, so daß er die Herren in getrennte Zimmer brachte. Am Abend ging jedoch Bamer nochmals zum Reichsanwalt, der ihm mitteilte, daß die Friedensresolution in ihrer damaligen Form nicht eingebracht werden könnte, da sie die Schlagfertigkeit der Armee gefährde.

Nach Anhörung weiterer Zeugen, deren Aussagen keine neuen Momente ergaben, schloß der Vorsitzende die Beweisaufnahme. Die Verhandlung wurde alsdann auf Donnerstag nachmittag vertagt. Es werden alsdann die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 2. März.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen tritt das Haus in die Generaldebatte über den 7. Nachtragsset ein.

Hg. Dietrich (Dem.) begründete folgende von seiner Fraktion eingebrachte förmliche Anfrage: „Der Badische Eisenbahnerverband hat mit Schreiben vom 14. November vor. In den Tarifvertrag mit der Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen auf den 29. Februar 1920 getündigt. Gedenkt die Regierung bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages die Wiedereinführung der Affordarbeit zu fordern?“

Er fährt aus: Wir haben die Anfrage eingebracht, weil die Affordarbeit überflüssig abgeschafft wurde. Früher gab es Affordsysteme, von denen man sagen mußte: Afford ist Arbeit. Der heutige Mensch bedarf der seiner Arbeit eines gewissen Antriebes. Dieser Antrieb ist der Eifer. Das Ergebnis einer Umfrage im Lande ist die Tatsache, daß die Affordarbeit in größeren Umfange eingeführt wurde, als man glaubte. Nach Einführung der Affordarbeit ist die Leistung um 30 bis 50 Proz. gestiegen. Es ist nicht möglich, im Wege der Nahrungsmittel und Rohstoffe zu helfen und unsere Verluste zu verbessern durch Mehrarbeit, die auf dem Papier stehen. Dies kann nur durch Mehrarbeit erfolgen. Bestehen wir in der Hauptverhältnisse etwa 1630 Arbeiter mehr als im Frieden.

Es ist bekannt, daß die Art, wie früher im Afford gearbeitet wurde, zu beanstanden war. In diesen Fällen kann aber in den Eisenbahnerverträgen die Affordarbeit wieder eingeführt werden. Allerdings muß der Entlohnung in vernünftiger Form durchgesetzt werden. Bei Wiedereinführung des Affordlohnens und Stücklohnes muß die Arbeiterschaft gebtet werden. Die Arbeitsteilung ist durch die Abschaffung der Affordarbeit bei den Schloßarbeiten um 40 Prozent auf den Kopf zurückgegangen. Die Arbeiterschaft, die früher Affordarbeit geleistet hat, soll dafür sein, die anderen Arbeiter sollen dagegen kein. Man sollte die Frage sich also überlegen. So wie die Dinge früher in Preußen in den Werksstätten lagen, war es in Baden nie. Dort mußte man Werksstätten schließen und neu eröffnen. Die Arbeiterschaft ist gut, nur eine kleine Gruppe ist verdorben, und wenn die sich nicht fügen, muß sie an die Luft gefegt werden. Es wäre uns interessant, zu hören, was der Eisenbahnminister zur Wiedereinführung der Affordarbeit sagen wird. Jeder sollte nach seiner Stellung antworten (Vehofstorf Weis).

Minister Dr. Erich: Die Interpretation ist um 12 Uhr eingebracht worden, denn wir stehen vor der Verreichlichung der Staatsbahnen. Bei den Verhandlungen über den neuen Tarif haben sich die Eisenbahnerverbände entschieden gegen die Affordentlohnung ausgesprochen. Die Ergebnisse der Einführung der Affordarbeit in Preußen sollte man abwarten. Das alte Affordsystem kann nicht übernommen werden. Die Arbeitsteilung gegen früher ist zurückgegangen, teilweise infolge der Verwendung von Ersatzmaterial, der Einführung des Stücklohnens, des schlechten Zustandes der Maschinen. Anzuerkennen die Wiedereinführung an Arbeit in Betracht kommt, bleibt abzuwarten. Zur Zeit kann die Affordarbeit nicht eingeführt werden.

Hg. Strauß (Zir.) begründete die förmliche Anfrage des Zentrums über die Korruption unter der Beamenschaft. Sie hatte folgenden Wortlaut: „Es ist richtig, daß in verschiedenen Gegenden des Landes schwere Fälle von Korruption unter staatlichen Beamten und Arbeitern vorkommen sind. Was gedenkt die Regierung hiergegen zu tun? Er fährt aus: Früher war der badische Beamte das Maß der Pünktlichkeit und Nichtertru. Jetzt wurden Vorposten auf dem Kaiserbahnhof und in Villingen, im Unterlahnungergebirge zu Offenburg bekannt. Die Beamten und Arbeiter Unredlichkeiten vorwerfen. Wir vermögen nicht, an diese in vollem Umfange zu glauben. Wir verlangen aber, daß unredliche Elemente aus der Beamenschaft und den Staatsarbeitern ausgerottet werden. Auch die Beamten und Staatsarbeiter haben ein Interesse daran, daß so verfahren wird.“

Minister Dr. Erich: Wir haben nach dem Rechten gesehen und es soll alles geschehen, um die Korruption zu bekämpfen. Durch die Verabschiedung des 8. Nachtrags haben Sie alles getan, um die Korruption zu bekämpfen. Es sind allerdings Korruptionen in der Staatsbahnerverwaltung vorgekommen, sie sind aber gering im Verhältnis zu denen im Direktionsbezirk Elberfeld. Ich muß Sie bitten, nehmen gegen einen Artikel, der im November in der Mannheimer „Vollstimme“ erschienen ist. Das Ministerium hat um das Material zu dem Artikel gebeten. Die Schriftleitung der „Vollstimme“ teilte mit, daß sie das Schreiben weitergegeben habe. Bis heute ist keine Wirtung der Beschwerden erfolgt. Es sind sonst auch gründliche Vorwürfe gegen die Eisenbahner vorgekommen. In der Bekämpfung des Schmiergeldes hat sich die Eisenbahnerverwaltung mit Erfolg beteiligt und die getroffenen Maßnahmen haben sich bewährt. Freier hat die Zahl der Diebstähle auf den Eisenbahnen zugenommen. Ein sehr bedauerlicher Fall bei dem 7. Beamte und 103 Arbeiter beteiligt sind, hat sich im Mannheimer Rangierbahnhof ereignet. Es wurden dort eine Anzahl Eisenbahnwagen beraubt. Die Täter sind junge Leute, die in die Nachtstunden eingestellt werden mußten. Am 1. Juli infolge des Abstands der Beamten eröffnete worden, daß bei 1919 in den Arbeitern und Beamten eröffnete worden. Nach diesem Verlaufe wurde verfahren. Zur Überwachung und zur Verhinderung der Diebstähle sind Überwachungsstellen eingerichtet. Außerdem ist ein beweglicher Wacheaufzug in Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe geschaffen worden. Die Vorfälle in Mannheim stehen vereinzelt da. Wegen des Diebstahls Lieferungen soll mit aller Eile vorgegangen werden. Es soll alles getan werden, um die schädliche Moral, die Diebstähle und die Schiebererei zu bekämpfen. Heute wurde mit einer Entschließung des Verbandes des Verkehrspersonals von Friedrichsfeld übergeben, in der die Beamten und Arbeiter zu den Diebstählen in Mannheim Stellung genommen haben. Darin werden die Diebstähle verurteilt, aber verlangt, daß weitere Verhaftungen unterbleiben. Ferner wird für weitere zurückliegende Fälle Amnestie gefordert. Ich muß absehen, der Justiz in den Arm zu greifen; dieser Augenblick muß ausgenutzt werden. Ich bin nicht in der Lage, der Entschließung entgegenzukommen. Dessen, daß die Eisenbahner, als unehrliche Volksgenossen bezeichnet wird, kann keine Rede sein. Die Organisation des Verkehrspersonals auf dem Rangierbahnhof in Mannheim hat mit einem Streik gedroht, wenn gegen die Eisenbahner wegen der Diebstähle vorgegangen werde. In einer Rangiergruppe auf dem Rangierbahnhof ist ein Mann, der den Verurteilungen des Diebstahls widerstanden ist (Verhafteter Weid). Die Streikdrohung auf dem Rangierbahnhof muß aufgehoben werden. Man darf aber die Zustände in Mannheim nicht auf ganz Baden ausdehnen. (Beifall.)

Minister Erich: Ueber den Beamten in Offenburg, der von Hg. Strauß erwähnt wurde, habe ich bereits vor Kurzem berichtet. Ein strafbarer Verstoß kommt bei dem Beamten nicht in Betracht. In Mannheim handelt es sich um ein unabhängiges Verbrechen. In dem Untersuchungsrichter ist zu seiner Unternehmung ein zweiter Untersuchungsrichter getreten. Die Angelegenheit soll befristet werden. Zur Vermeidung der Arbeit soll es nicht ein dritter und ein vierter Untersuchungsrichter drangesprochen werden. Es liegen Urtheile vor. Der unabhängige Richter wird seine Pflicht tun. Bei der Verurteilung in Friedrichsfeld bin ich nicht organen, weil die Angelegenheit sich in den Händen der Justiz befindet. (Beifall.)

Minister Dr. Erich regte eine Kundgebung über die Interpellation an.

Präsident Kopf erklärte, die Kundgebung sollte in der allgemeinen Ausdrucksform erfolgen.

Hg. Wagner vertret folgende Anfrage über die Aufhebung der Zwangsarbeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse: „Ist die Regierung

bereit, bei der Reichsregierung für die Aufhebung der Zwangsarbeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzutreten, daß die landwirtschaftliche Produktion des Jahres 1920 von der Zwangsarbeit befreit wird?“

Hg. Weichmann (Zir.) stellte über die verschiedenen landwirtschaftlichen Fragen folgende Anfrage: „Glaubt die badische Regierung, daß die Verrechnung der Steuern für agrarische Erzeugnisse so freigelegt werden kann, daß die zur Freigabe der Erzeugnisse die Auszahlung erfolgen kann, damit der Anbau von Brotgetreide nicht beeinträchtigt wird? Welche Stellung nimmt die badische Regierung zum Wirtschaftspläne für das Erntejahr 1920-21 ein bezüglich der Zwangsarbeit und der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse? Ist der badischen Regierung bekannt, daß großer Mangel an Mehl vorliegt und daß der Preis für Mehl eine Höhe erreicht hat, die besonders für kleine Landwirte unerträglich ist und daß deshalb ein Zurückgehen des Anbaues zu befürchten ist?“

Hg. Dr. Schöfer (Zir.) berichtete über die Anfrage der Hg. Dietrich und Wen. über die Erhebung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und der Hg. Albiez u. Wen. über die Aufhebung der Zwangsarbeit. Der Berichterstatter beantragte, die Anfrage zu erledigen.

Hg. Sanger (Zem.) begründete den Antrag Dietrich, der folgenden Wortlaut hat: Die Regierung wird ersucht, bei der Nachprüfung mit aller Energie darauf zu drängen, daß mit Rücksicht auf die eingetretene Erhöhung der Produktionskosten vor Beginn der Herbsternte, alle in den nächsten Wochen, die Höchstpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte, namentlich Getreide, aber auch Kartoffeln, Fleisch und Milch, in dringlicher Weise herabgesetzt werden. Nur auf diese Weise werden wir es für möglich, die ungeliebte Verflechtung der landwirtschaftlichen Produktion in der Richtung der Erzeugung nicht lebenswichtiger landwirtschaftlicher Produkte zum Stillstand zu bringen und die Menge der landwirtschaftlichen Produktion an Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Fett im Interesse der notleidenden Bevölkerung zu heben. Familien mit unzureichendem Einkommen sollen mit Nahrungsmitteln zu billigerem Preise beliefert werden.

Hg. Albiez (Zir.) begründete seinen Antrag auf die Aufhebung der Zwangsarbeit.

Hg. Fischer (D-M.) begründete seine förmliche Anfrage über die Aufhebung der Zwangsarbeit für den Tabak. Der Interpellationsfrage an: Die badische Regierung hat am 18. Februar 1920 eine Verordnung erlassen, wonach die Tabakausfuhr für 1920 aufgehoben ist für das Jahr 1920. Bei Durchführung dieser Verordnung sind eine große Anzahl Tabakpflanzer, namentlich Feldbesitzer, nicht in der Lage, Tabak anzubauen; weiterhin werden solche Kleinlandwirte, die Tabak pflanzen müssen, um die Erträge ihrer Familien durch Baccinabgabe zu sichern, durch diese Verordnung hart betroffen. Da für das Reich keinerlei zureichende Deckung besteht, trägt mir an, welche Gründe die badische Regierung angeht die Kontingentsregelung vom 18. November 1919 zu bringen, in einem Falle die Reichsregierung zur Durchführung zu bringen, in einem Falle aber im Gegenzug zum Reichsrecht eine darüber hinausgehende badische Landesverordnung zu erlassen?“

Minister Dr. Erich: Wir haben Sorge, daß die badische Arbeiterschaft infolge geringer Produktion und völligen Fehlens der Kartoffeln an Lebensmitteln leidet. Jetzt, in dieser so sehr schweren Zeit können wir doch nicht die Zwangsarbeit aufheben. Unter 20 bis 30 schicht bewirtschafteten, 40 müssen vom Reiche mit Brotgetreide versorgt werden. Kartoffeln können wir überhaupt nicht mehr liefern. Die gute Nummer hatte der Kommunalverband Baden Land nur 35 Prozent des Brotgetreides abgeleitet, Großstadt nur 25 Prozent, Großstadt nur 25 Prozent, Kleinstadt nur 25 Prozent, Umwandlungen 17,4 Prozent. Meistens, um soeben bei Kleinrenten demontierte, 19,8 Prozent. Im Gegenzug dazu muß man betonen, daß viele Kommunalverbände im Oberland, in der Badenforst und im Hinterland die zu 100 Prozent abgeleitet haben. Aber wo der Schlichthandel in Württemberg, die Getreide übernahm nicht mehr vorhanden. Der Kommunalverbände Vertriebe, der uns gerade bei der Zwangsarbeit zu unterstützen, muß jetzt schon mit Getreide versorgt werden. (Zurück des Hg. Albiez) Es würde mich freuen, wenn Sie sich für die nächsten Monate mit mir besprechen möchten, eine Besprechung für die nächsten Monate auszusprechen. Die Städte haben Verantwortung für die Situation und die billigen der Landwirte höhere Preise zu. Im Herbst werden die Brotpreise erneut erdrossen. Die Tabakausfuhr, der heute 120 A kostet, wird auf 8 A zu stehen kommen. Die badische Regierung ist bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Zwangsarbeit für den Tabak aufgehoben werden soll. Die Getreide einführungsquote, Kartoffeln, Brot, Milch und Fleisch, die nächsten Monate werden in hohem Maße ein Preissturz bezeugen. Wenn wir die Zwangsarbeit aufheben, wird jeder Landwirt sein Vieh zu verkaufen haben, weil keine Preise gegeben werden. Wenn in der nächsten Zeit die lebensnotwendigen Lebensmittel aus der Zwangsarbeit herauskommen sollen, dann sollen diejenigen politischen Gruppen, die dafür sind, auch die Verantwortung für eine solche Politik übernehmen. Die Regierung ist bereit, alles zu tun, um der Landwirtschaft einen auskömmlichen Verdienst zu verschaffen. Im nächsten Jahre wird die Zwangsarbeit auch für Holz und Obst aufgehoben werden. Ich bitte aber, dann von der Einbringung von Interpellationen über zu hohe Preise für Obst wegzulassen. (Zurück.) Die Führer der Landwirtschaft müssen nun alles tun, um die Kontingentsarbeit zu erhalten. Ich bin seit der Revolution ein mächtiges Stück vorwärts marschiert. Die Zwangsarbeit ist ein Übel, das wir aber so schnell nicht beseitigen können.

Dies wird um 7 1/2 Uhr die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Letzte Meldungen.

Rohstoffe für Deutschland.

Mailand, 3. März. (Eig. Drahtb.) Bei den wirtschaftlichen und finanziellen Besprechungen des Obersten Rates sind, nach dem „Corriere“, die Ansichten Rittis nochmals durchgedrungen. Die Notwendigkeit der beschleunigten allgemeinen Abrüstung und die, Deutschland die notwendigen Rohstoffe zur Arbeit zu liefern, wurde anerkannt.

Auflösung der Lohnordnung im Ruhrkohlenverband.

m. Köln, 3. März. (Eig. Drahtb.) Wie die „Köln. Zig.“ aus Essen meldet, ist die Lohnordnung zu dem erst kürzlich abgeschlossenen neuen Tarifvertrag für den Ruhrkohlenverband von den Bergarbeiterverbänden ohne Angabe von Gründen zu dem ersten möglichen Termin, Ende März, bereits wieder gelöst worden. Nach welcher Richtung hin die Bergarbeiterverbände neue Lohnforderungen aufstellen wollen, ist bisher noch nicht bekannt geworden, doch ist damit zu rechnen, daß abermals neue Lohnordnungen erlassen werden.

Die bei den Ruhrgruben infolge der Lieferkürten, die jetzt auf allen Seiten verfahren werden, ersetzte Reihenfolge von Kohlen kann leider immer noch nicht in vollem Umfange den Verbrauchern zugeführt werden, weil trotz aller Besprechungen des Eisenbahnministers die Eisenbahnen immer noch nicht imstande waren, den Bach zu der erforderlichen Anzahl Personen zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen sind die Kohlen durchweg gesunken, wieder erhebliche Mengen der Förderung auf Lager zu nehmen.

Drohungen mit dem Generalstreik in Italien.

m. Köln, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Köln. Zeitung“ meldet von der schweizerischen Grenze: Nachdem am Samstag die Leitung der italienischen sozialistischen Partei die marxistischste Richtung Bombacchi zugeworfen hat, melden die Blätter heute, daß der äußerste linke Flügel der sozialistischen Partei beabsichtigt, einen neuen Generalstreik gegen die Regierung und für die ungarischen Kommunisten ins Werk zu setzen. Der „Kvant“ steht für die nächsten Tage bereits neue Lohnbewegungen und Unruhen der Textilarbeiter voraus, weil ihre Forderungen von den Industrien nicht voll befriedigt worden seien.

Haag, 2. März. (W. B.) Nieuwe Courant meldet drahtlos aus London, in Japan seien erste Arbeiterunruhen ausgebrochen.

Berlin, 2. März. (W. B.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilisangene teilt mit, daß der vierte Heimkehrtransport aus Japan mit ca. 950 Mann heute in Wilhelmshaven eintrifft.

Bethune, 2. März. (W. B.) In den Gruben von Warres wurde der gestern angefangene Streik heute fast völlig durchgeführt. Es streikten rund 12 700 Arbeiter.

# Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 2. März 1920.

Oberbürgermeister Dr. Kucher eröffnet 3.20 Uhr die Sitzung im Anwesenheit von 88 Mitgliedern mit einem Nachruf auf den kürzlich verstorbenen städtischen Oberbuchhalter und Stv. Brück, zu dessen Gedenken sich die Anwesenden von ihren Sitzen erheben. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

**Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen.**  
Stadtratsbeschluss: 1. Zur Deckung der von den städtischen Kollegien bereits bewilligten oder im Einzelfalle noch zu bewilligenden Kredite für Bauten, Geländeerwerbungen und andere außerordentliche Bedürfnisse wird die Aufnahme von Anleihen im Betrage bis zu 20 Millionen M. verzinslich bis zu 4 1/2% bewilligt. Die Tilgung soll nach 5jähriger Laufzeit mit jährlich 1 1/2% zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung erparten Zinsen vorgenommen werden. Den Inhaberschuldverschreibungen sollen die bisher üblichen näheren Bestimmungen zugrunde gelegt werden; insoweit die Anleiheaufnahme nicht durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen bewirkt wird, sondern mittels einfacher Schuldscheine, kann einstweilen die planmäßige Tilgung unterbleiben; jedoch ist in diesem Falle ein Tilgungsplan auf gleicher Grundlage anzufertigen. 2. Die Kosten der Anleihe und der Begebung einschließlich Kursverluste sind aus Anleihemitteln zu bestreiten.

**Begründung.** Zur Beschaffung der für außerordentliche Zwecke im Jahre 1920 erforderlichen Mittel hat der Bürgerausschuss am 29. Juli 1919 der Begebung einer Anleihe in Inhaberschuldverschreibungen im Betrage von 25 Millionen M. zugestimmt; es ist damals eine Summe von 20 Millionen M. als untere Grenze des Geldbedarfs angenommen worden. Inzwischen sind durch Beschaffung des Bürgerauschusses vom 3. Oktober, 28. November und 22. Dezember 1919 Verwendungen aus Anleihemitteln bewilligt worden im Gesamtbetrag von rund 11 Millionen M. Außerdem sind die Preise für Herstellungen und Lieferungen fortwährend gestiegen und es ist nicht abzusehen, wann ein Stillstand in der Preissteigerung eintritt werden wird. Unter diesen Umständen ist es geboten, die gegenwärtig wieder günstigeren Lage des Geldmarktes für den städtischen Kreditbedarf auszunutzen, obgleich die am 29. Juli 1919 bewilligten Mittel noch nicht zur Hälfte verbraucht sind. Ueber die Art der Aufnahme des mit 20 Millionen M. bemessenen weiteren Bedarfs können diesmal keine näheren Angaben gemacht werden, weil noch nicht bekannt ist, wie die Umschlässe erfolgen werden. Dem Stadtrat soll vor allem die Möglichkeit gegeben werden, bei besonders vorteilhaften Angeboten, namentlich auch von kleineren Teilbeträgen, sofort zugreifen zu können. Es wird deshalb, wie dies auch früher schon der Fall war, eine allgemeine, nur hinsichtlich der Höhe der Summe des Zinsfußes und der Art der Tilgung begrenzte Ermächtigung zur Deckung des Anleihebedarfs erbeten. Die Ermächtigung soll erlöschen, soweit davon bis zum 1. April 1921 kein Gebrauch gemacht sein sollte. Die näheren Bestimmungen der auf Grund der Ermächtigung etwa auszugebenden Inhaberschuldverschreibungen sollen, wie oben bemerkt, im wesentlichen die gleichen sein, wie bei der im Juli 1919 genehmigten. Der Tilgungsplan ist 1 1/2% zuzüglich der erparten Zinsen; die Tilgung beginnt nach 5 Jahren, sie wird also in 42 Jahren beendigt sein. Die Kosten einer Anleihe (Steampel und Tage für Reich und Staat, Druckkosten) sind auf rund 0,8% des Nennwertes der Anleihe zu schätzen. Wie hoch das entstehende Disagio sein wird, läßt sich nicht bestimmen. Es wird aber vermutlich den bei der letzten Anleihe vereinbarten Satz von rund 8,7% nicht erreichen.

Nach kurzer Begründung durch Stv. B. Pfeiffle (Soz.) wird die Vorlage einstimmig angenommen.

**Beschaffung von Anhängewagen für die Straßenbahn.**  
Der Stadtrat beantragt, zur Beschaffung von 15 Anhängewagen für die Straßenbahn den Betrag von 945 000 M. aus Anleihemitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zu bewilligen. Aus der Begründung der Vorlage ist zu entnehmen, daß bei einer südwestlichen Wagenbauanstalt 15 Anhängewagen in verhältnismäßig kurzer Zeit und unter für heutige Verhältnisse vorteilhaften Bedingungen zu erhalten sind. Bei den eingeleiteten Verhandlungen bot die Firma die Wagen zum Preise von 48 000 M. für das Stück freibleibend an. Insgesamt dürfte ein Wagen 60 000 M. kosten. Bei der dringenden Notwendigkeit, Anhängewagen zu beschaffen, sollte diese Gelegenheit ergriffen werden, zumal bei äußerst hohen, zudem freibleibenden Preisen eine Lieferung von 8—12 Monaten von anderen Firmen verlangt wird.

Stv. B. Pfeiffle (Soz.) begründet die Vorlage, die ohne weiteres einstimmig angenommen wird.

**Straßenbahnfahrplan.**  
Bürgermeister Ritter macht zunächst einige aufklärende Bemerkungen über die Vorlage. Danach erklärt Abschnitt C der städtischen Vorlage insofern eine Änderung, als der Preis für die Ergänzungskarte für die Inhaber von Zeitkarten der Rhein-Haartrabahn, die von der Friedrichsbrücke aus in der Richtung auf Waldhof oder Käfertal auf der Elektrischen die Fahrt fortsetzen wollen, eine Erhöhung von 15 M. auf 22,50 M. Oberbürgermeister Dr. Kucher gibt alsdann die zu dieser Vorlage eingelaufenen Anträge bekannt.

Stv. B. Pfeiffle geht des näheren auf die Vorlage ein und empfiehlt sie zur Annahme.

Stv. Trumppheller (Soz.) bringt Wünsche zum Straßenbahnfahrplan zum Vortrag und begründet den zu diesem Punkt gestellten sozialdemokratischen Antrag. Redner begrüßt es, daß die Jahreskarten aufgehoben sind. Den Kriegsbefähigten sollten die Rückfahrten zu dem bisherigen Preise ausgestellt werden. Redner verlangt ferner eine Erhöhung der vorgelegten Einkommensgrenze für Fahrtvergünstigungen sowie Wiedereinführung der Spätwagen bei vorgeschrittener Jahreszeit.

Stv. Robert Haas (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, daß diese schweren Herzens der Vorlage zustimmen. Man muß verlangen, daß sich die städtischen Betriebe allein rentieren und ohne Zuschuß auskommen. Redner tritt sodann u. a. für diejenigen Lehrer ein, die in den Vororten ihren Schulunterricht erteilen und verlangt für diese Lehrer freie Fahrt auf der elektrischen Straßenbahn. Nachdem verbreitet sich Redner in längeren Ausführungen über die Anträge seiner Fraktion, insbesondere über die Einführung von Wochenfahrtscheinen für Schüler zu M. 2, dieselbe zur Annahme empfehlend.

Stv. Kaiser (Str.) verlangt für sämtliche Schüler und Schülerinnen Wochenfahrtscheine zu M. 2 und erklärt im übrigen sein Einverständnis mit dem demokratischen wie sozialdemokratischen Antrag. Wie die Freunde beider, so sollten auch die Käfertal um 60 Pfg. bis an den Paradeplatz fahren können.

Stv. Dr. Roedel (Str.) glaubt nicht an einen finanziellen Erfolg des Tarifs, wenn nicht eine besondere Staffelung von 40 Pfg. eingeführt wird. Redner warnt sodann vor einer Überbegriffung des Tarifs, um die Quelle nicht zu erschöpfen, von der man schöpfen will.

Stv. Binninger (U.S.P.) äußert Bedenken gegen die Erhöhung des Tarifs, die nur leere Wagen zur Fülle haben werde. Deshalb kann seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen, wohl aber den eingereichten Anträgen.

Stv. Wendling (Nietzlerog.) spricht sich im Sinne der Darlegungen des Stv. Dr. Roedel aus und tritt für Ermächtigung der Parteien ein, da sonst der Vorortverkehr gänzlich unterbunden wird. Den Kriegsbefähigten soll in weitestem Maße entgegengekommen, wie auch die Frage der Bedürftigkeit nicht engherzig behandelt werden.

Stv. Knodel hat sich seine Stellungnahme bei der Abstimmung über die Vorlage vorbehalten. Seinen Bedenken gegen die Vorlage hat Redner schon im Stadtrat Ausdruck gegeben. Er findet es für ungerathlich, daß man die Einwohner von Rhein an einem höheren Tarif heranziehen will. Redner bedauert dies und hält es für unzulässig. Im übrigen stimmt Redner für die demokratischen Anträge.

Stv. Böppe (U.S.P.) macht darauf aufmerksam, die Inhaber von Jahreskarten zu der Erhöhung heranzuziehen. Es sei nicht anständig, daß die Besitzer von Jahreskarten, die doch den besten stützenden Bevölkerungsteil angehören, zu dem alten Preis fahren.

Stv. Dr. Sicking (Dem.) kommt auf die Ausführungen des Stv. Robert Haas zurück und betont, daß diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Schulkommission zur Sprache gebracht werde. Diejenigen Lehrer, die in den Vororten Unterricht erteilen, seien im Nachteil gegenüber ihren Kollegen in der Altstadt. Deshalb sollte dieser Kategorie von Lehrern Freiheit gewährt werden.

Stv. Bender (Deutschlib.) erklärt, daß seine Fraktion im Interesse der Rentabilität der Straßenbahn auf die Freitarife der Stadtbereordneten verzichte. Der Redner tritt auch dafür ein, daß allen Schülern Wochenfahrtscheine zu M. 2.— ausgestellt werden. Die Vergünstigungen dürfen allerdings nicht zu weit gestellt werden, da sonst der ganze finanzielle Effekt der Vorlage illusorisch werde. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Fahrpreiserhöhung der Kriegsberechtigten stimme seine Fraktion gerne zu, wie sie auch der städtischen Vorlage zustimme.

Stv. Rundhaas (Str.) macht in längeren Ausführungen Vorschläge zur Hebung des Verkehrs.

Stv. Dr. Wittfeld (Deutschlib.) kann sich namens seiner Fraktion nicht damit einverstanden erklären, daß die Rheinruher einen höheren Tarif als die anderen Vorortsbewohner bezahlen sollen. Ueber 50 Pfg. hätte überhaupt nicht gegangen werden sollen. Auf der anderen Seite könne man aber das Bestreben, die Straßenbahn rentabel zu machen, verstehen. Namens seiner Fraktion erklärt Redner sein Einverständnis mit dem Antrag des Stadtrats.

Bürgermeister Ritter gibt in seiner Erwiderung auf die verschiedenen Ausführungen eine Uebersicht über die in letzter Zeit eingetretenen ungeheuren Steigerungen sämtlicher Bedarfsartikel. Berechnungen von heute klingen morgen schon nicht mehr. So werde es auch mit der Vorlage gehen. Man lebe in außergewöhnlichen Verhältnissen und diese bedingen auch außerordentliche Maßnahmen, um die Ausgaben mit den Einnahmen einigermaßen in Einklang zu bringen. Redner geht sodann zu den eingereichten Anträgen über und bemerkt, daß man bisher schon den Kriegsbefähigten entgegengekommen sei. Der Stadtrat stehe dem Antrag jedoch nicht unsympathisch gegenüber. Einkneibender sind die Anträge der demokratischen Fraktion. Die Linie Rhein an habe bisher große Fehlbeträge gebracht. Im Jahre 1918/19 hat der Fehlbetrag allein M. 136 000 betragen. Der D.C.B. kann auf die Dauer nicht zugemutet werden, daß sie solche Fehlbeträge übernimmt. Was die Einführung von Wochenfahrtscheinen zu M. 2.— für Schüler betrifft, so hat Redner hiergegen schwere Bedenken, ebenso auch gegen den Antrag der Zentrumsfraction, der eine größere Staffelung vorseht. Der finanzielle Ausfall wäre ein sehr großer und würde sich auf über 2 000 000 M. belaufen. Dies sei ein ganz außerordentlicher Einnahmeausfall. Redner glaubt, daß Ludwigsbahnen kaum damit einverstanden wäre. Auch würde dies eine weitere Hinausschiebung der Vorlage und damit einen weiteren Einnahmeausfall bedeuten. Nach einer kürzlich erlassenen Verordnung werde die Frage auf Heranziehung der Inhaber der Jahreskarten zu den erhöhten Tarifen aufs neue geprüft.

Stv. Dr. Roedel (Str.) ist mit den Ausführungen des Vorredners nicht einverstanden, da diese nur auf Voraussetzungen basieren. Redner erklart um Annahme sämtlicher eingereicherter Anträge. Bürgermeister Ritter erklärt, daß sich seine Ausführungen auf Material des Straßenbahnnotens stützen.

Stv. Dr. Jeselsohn (Dem.) tritt für die Ermächtigung der Schülerwochenfahrtscheine ein. Redner findet den Tarif für Rhein an gleichfalls für zu hoch und glaubt, daß sich mit Ludwigsbahnen leicht eine Verständigung hätte finden lassen.

Stv. Ged (Soz.) spricht sich im Sinne des Vorredners aus. Redner macht den Kompromißvorschlag, für 1—4 Teilstrecken 50 Pfg. für 5—6 Teilstrecken 75 Pfg. und darüber hinaus M. 1.— festzusetzen. Redner erklärt den Antrag als formellen Antrag seiner Fraktion.

Stv. Schwarz (U.S.P.) warnt vor einer Bogenstraßenpolitik. Bei der Straßenbahn muß man schließlich den Grundsatz aufgeben, daß sich dieser Betrieb selbst rentiert.

Eine Reihe von weiteren Rednern verzichteten hierauf aufs Wort.

Stv. Schneider (Soz.) spricht für Annahme der städtischen Vorlage, da durch neue Verhandlungen mit Ludwigsbahnen die Sache wiederum veräußert würde und weitere große Unkosten entstehen.

Stv. Levi (Soz.) erklärt, daß er mit Freuden allen Anträgen auf Vergünstigungen bei der Straßenbahn zustimmen würde, wenn ihm Str. Schwarz angedei, wie die Deckung des Defizits vorgenommen werden sollte.

Stv. Moles (Deutschlib.) glaubt, daß man zu keinem Ergebnis komme, wenn fortgesetzt neue Anträge eingebracht werden. Der Antrag des Stadtrats bedeute bei den heutigen Zeiten doch nur ein Provisorium, deshalb könne man der Vorlage zustimmen.

Stv. Schwarz (U.S.P.) erwidert Str. Levi, daß die Fraktion der U.S.P. bereits Anträge zur Deckung eingereicht habe.

Es erfolgt hierauf die Abstimmung über den Antrag des Stadtrats und zwar zunächst über den Bartarif für 1—5 Teilstrecken, der 60 Pfg. vorseht. Der Antrag wird mit 44 gegen 42 Stimmen abgelehnt, desgleichen der Antrag des Zentrums auf Staffelung dieser 5 Teilstrecken in zwei Gruppen von 1—3 und 4—5 Teilstrecken. Mit großer Mehrheit dagegen wurde der Antrag, welcher 50 Pfg. für 1—5 Teilstrecken vorseht, angenommen. Damit ist der Zentrumsantrag erledigt.

Der städtische Antrag auf 80 Pfg. für 6—7 Teilstrecken wird abgelehnt und dafür der Antrag Ged, der 75 Pfg. vorseht, angenommen. Angenommen wird ferner der städtische Antrag von M. 1.— für 8 und mehr Teilstrecken. Angenommen wurden ferner die demokratischen Anträge, wonach eine einmalige Fahrt von jedem Vorort Mannheims nach dem Innern der Stadt bis Paradeplatz 75 Pfg. nicht übersteigen darf, sowie die Einführung von Schülerwochenfahrtscheinen zur täglichen Anwartschaft von der Wohnung bis zur Schule, sobald diese 3 Km. entfernt ist, zum Preise von M. 2.—. Die städtischen Anträge bezüglich der Rektarten, Monatsfahrtscheine und Wochenfahrtscheine werden gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen, desgleichen die städtischen Anträge auf Preiserhöhung für Spätwagen und Ergänzungskarten für Inhaber von Zeitkarten der Rhein-Haartrabahn, die in Richtung auf Käfertal oder Waldhof weiterfahren wollen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betreffs Schaffung besonderer Rektarten für Sommerkriegsverletzte wurde einstimmig angenommen. Des weiteren ermächtigt der Bürgerausschuss den Stadtrat, aufgrund der von Bürgermeister Ritter vorgelegten Verordnung von der Tarifserhöhung der ausgegebenen Jahreskarten Gebrauch zu machen.

**Abänderung der Luftverkehrsverordnung.**  
Oberbürgermeister Dr. Kucher schlägt vor, die Vorlage an eine Kommission aus 12 Stadtbereordneten und 6 Stadträten zu verweisen.

Nach zustimmenden Ausführungen der Stv. Dr. Roedel (Str.), Wendling (Nietzlerog.) und Dr. Hirschler (Soz.) erklärt das Kollegium mit dem Vorschlage des Oberbürgermeisters einverstanden.

**Gemeindezuschlag zur Reichszunachsteuer.**

Stadtratsbeschluss: Auf Grund des § 59 des Reichszunachsteuergesetzes vom 14. Februar 1911 wird bestimmt: Mit Wirkung vom 1. März 1920 ab wird zu dem Anteil, welchen die Stadt Mannheim nach § 58 des Reichszunachsteuergesetzes erhält, zugunsten der Stadtgemeinde ein Zuschlag von 100% erhoben. Der Zuschlag wird im Steuerbescheid festgesetzt und zusammen mit der Steuer erhoben.

Stv. B. Koll begründet namens des Stv. Vorstandes die Vorlage.

Stv. Dr. Roedel (Str.) fragt, ob die Zustimmung der Landesregierung eingeholt sei.

Oberbürgermeister Dr. Kucher erwidert, die Genehmigung der Landesregierung werde eingeholt, wenn der Gemeindebeschluss vorliegt.

**Gemeindezuschlag zur Grunderwerbsteuer.**

Stadtratsbeschluss: Auf Grund der Ermächtigung, die durch §§ 2 und 3 des im Entwurf vorliegenden badischen Landesgesetzes betr. die Grunderwerbsteuer den Gemeinden erteilt wird, wird die Erhebung eines Gemeindezuschlages zur Grunderwerbsteuer nach Maßgabe der nachstehenden Ordnung beschlossen: Der Bürgerausschuss wird um Zustimmung zu diesem Beschlusse und um die Ermächtigung für den Stadtrat gebeten, durch die endgültige Fassung des vorerwähnten Landesgesetzes etwa bedingten redaktionellen Änderungen des Gemeindebeschlusses von sich aus vorzunehmen.

Stv. B. Koll widmet der Vorlage eine kurze Begründung.

Nach kurzen Bemerkungen des Stv. Lehmann (Soz.), des Bürgermeisters Ritter und des Stv. B. Koll konstatiert Str. Kullen (U.S.P.) die Beschlussfähigkeit des Hauses. Die außerhalb des Saales weilenden Bürgerausschussmitglieder werden durch anhaltendes Glockenzeichen herbeigeholt, so daß sich bei der Abstimmung 66 Mitglieder im Saale befinden. Die Vorlage wird gegen die Stimme des Str. Kullen angenommen.

**Neuordnung der städtischen Verbrauchssteuer.**

Der Stadtrat hat beschlossen, der Verbrauchssteuerordnung mit Wirkung vom 1. März 1920 ab veränderte Fassung zu geben.

Stv. B. Koll empfiehlt in Kürze die Annahme der Vorlage. Stv. Dörner (Soz.) wendet sich gegen die Mehrbesteuerung des Weines und Bieres und damit gegen die ganze Vorlage. Man sollte dafür eine Vorlage Wohnungssteuer einführen durch Besteuerung der Räume, die über den unbedingt notwendigen Bedarf hinausgehen. Ferner sollte man die Lichtsteuer besteuern.

Stv. Kauh (U.S.P.) wendet sich ebenfalls gegen die Vorlage. Man sollte das Wasser nicht noch mehr besteuern.

Stv. Wendling (Nietzlerog.) wird für die Vorlage stimmen, wendet sich aber gegen die Anhebung des Stv. Dörner bezüglich der Einführung einer Wohnungssteuer.

Oberbürgermeister Dr. Kucher setzt sich für die Vorlage ein. Man sollte auf die immerhin bedeutenden Einnahmen aus der Weinsteuer nicht verzichten. Die städtische Abgabe auf eine Flasche Wein im Betrage von 30 M. betrage 1 M. Dem Stv. Dörner bemerke er, daß man mit der Sache nach neuen Steuern erst beginnen habe. Er befürchte, daß unter den noch kommenden Steuern auch eine Wohnsteuer sein werde.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage mit 40 gegen 36 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die beiden Linksparteien.

**Neuordnung der Leuerungsbezüge und Kinderbeiträge und Neuordnung des Lohnabkommens mit den städt. Arbeitern.**

Stv. B. Pfeiffle weist in allgemeinen Betrachtungen auf die Wertungen der sich ständig steigenden Leuerung auf die Lohn- und Gehaltsverhältnisse hin und daß sich trotz weiterer Aufbesserungen die allgemeine Lebenslage ständig verschlechtert. Wenn die Schraube so weiter gehe, müsse man im April mit einer neuen Vorlage rechnen. Es werde schließlich nichts anderes übrig bleiben, als neue Steuerquellen zu suchen.

Stv. Fr. Gulde (Deutschnatl.) bricht in ihren Ausführungen eine Lanze für die Lehrerinnen, die unter denselben wirtschaftlichen Verhältnissen notleidern wie ihre männlichen Kollegen. Die Lehrerinnen fühlten sich, zurückgesetzt, da sie dieselben Verpflichtungen und Dienstobliegenheiten hätten, wie die Lehrer. Auch zwischen den Hauptlehrern und Lehrerinnen bestehe ein Unterschied, da sich die Hauptlehrer besser stellten.

Stv. Moles (Deutschlib.) wirft die Frage auf, ob eine neue Regelung in den gegenwärtigen Zeitläuften zur allseitigen Zufriedenheit vorgenommen werden könne. Die Vorlage ist eigentlich keine Verbesserung, sondern nur ein vorübergehender Zustand auf Kosten der Stadt. Früher war es so, daß sich das Ergehen des Einzelnen der Allgemeinheit unterordnen mußte. Heute ist es umgekehrt. Das führt dahin, daß das Gesamtweisse die Kosten des Einzelnen nicht mehr aufbringen kann. Nun mache man die Erfahrung, daß die Vorlage ohne Fühlungnahme mit den betreffenden Kreisen und anderen Städten gemacht wurde. Man mache eine Bankrottspolitik mit dieser Vorlage und verpflanze diese Bankrottspolitik hinein bis in die fernsten Zeiten. Seine Fraktion habe beschlossene, heute nicht gegen die Vorlage zu sprechen, sondern den Stadtrat einmal zu ermahnen, mit den maßgebenden Kreisen Fühlung zu nehmen, damit unsere Volkswirtschaft wieder gelunde.

Stv. Dr. Jeselsohn (Dem.) wendet sich gegen die Kandidatenrede des Vorredners. Es sei bedauerlich, daß verschiedene Leute die heutige Notlage noch nicht verstehen und kein Herz und Gefühl dafür hätten. Redner erklärt namens seiner Fraktionsgenossen für die städtische Vorlage zu stimmen. Abänderungsanträge stelle seine Fraktion nicht. Seine Fraktion stehe auch auf dem Standpunkt, daß Haupt- und Industrieführerinnen wie die anderen Lehrerinnen nicht schlechter gestellt sein sollen wie ihre männlichen Kollegen. Redner bringt sodann noch verschiedene Verbesserungsorschläge zum Ausdruck und regt an, die Bezüge baldmöglichst auszuzeichnen.

Stv. Herkel (Soz.) gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß diese für die Vorlage stimme, obwohl nicht alle Wünsche erfüllt würden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen polemisiert der Redner gegen die Darlegungen des Stv. Moles. Redner regt an, die Hauptlehrerinnen mit den Hauptlehrern gleichzustellen. Die Unterlehrer seien in ihren Bezügen gegenüber anderen Lehrergruppen im Nachteil, worin Redner eine Minderereinstufung der geistlichen Arbeit der Lehrer erblickt. Die Handarbeitslehrerinnen sollten gleichfalls nach einer anderen Gehaltsgruppe versetzt und ihnen eine pensionsberechtigte Zulage von 2800 Mark gewährt werden.

Um 7 Uhr verließen die Pressevertreter die Sitzung.

Wie man uns mitteilte, wurden die noch zur Beratung stehenden Vorlagen angenommen und die Sitzung um 8 Uhr abends geschlossen.

## Betrachtungen über die gestrige Bürgerausschuss-Sitzung.

Das letzte sei wieder an die Spitze gestellt. Die städtischen Kollegien haben gestern vor überfüllter Galerie als Schlussnummer der aus neun Punkten bestehenden Tagesordnung die Neuordnung der Leuerungsbezüge und Kinderbeiträge der städtischen Beamten und Angestellten und die Neuordnung des Lohnabkommens mit den städtischen Arbeitern beraten. Aus Eigenem kann über den Abschluß der Beratung nicht berichtet werden, weil man um 7 Uhr noch mitten im Debattieren war, die Vertreter der Presse zu dieser nun schon gewohnten Stunde ihre Tätigkeit aber einstellen. Wenn Ansehen nach sind die beiden Vorlagen zum mindesten mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Aussprache bewegte sich auf einem beachtenswerten volkswirtschaftlichen Niveau, für das der zur Deutschliberalen Volkspartei übergetretene Stadtr. Moles, der sich zu einem der gewandtesten und scharfsinnigsten kommunalpolitischen Redner entwickelt, die Richtung angab. Er stellte fest, daß auch diese Vorlagen keine befriedigende Regelung

der Einkommensverhältnisse des städtischen Personals bedeuten, weil ein großer Teil dieser Aufbesserungen durch die städtischen indirekten Steuern wieder aufgezehrt wird. Was bei der Verteilung der Einkommenverhältnisse möglich war: die nachträgliche Durchprüfung unter Berücksichtigung von Interessenten, hätte auch bei diesen Vorlagen nicht vermieden werden sollen. Die Industrie und alle anderen nachgehenden Kreise Mannheims hätten gehört und gefragt werden müssen: was kann Mannheim leisten? Unsere Stadt braucht die privatkapitalistischen Betriebe. Es ist aber fraglich, ob umgekehrt diese Betriebe Mannheim brauchen. Es wird schließlich der Tag kommen, an dem sich diese Betriebe entscheiden, sich an einem Ort anzusiedeln, wo sie billiger produzieren können. Man müsse die Erfahrung machen, daß diese Vorlagen ohne jede Föhrungnahme mit diesen Kreisen entstanden sind, daß mit habsbischen Kreisen zwar Föhrung genommen, aber über das Verabredete hinausgegangen wurde. Hier könne nur ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen Großstädten des Reiches Wandel schaffen. Gesetze dies nicht, dann führe Mannheim in Deutschland den Schicksal der „Schraube ohne Ende“, die unsere Wirtschaftsordnung hinauftrieb, bis eines Tages der Kollisionspunkt erreicht wird und die Schraube bricht. Den Schaden werden dann am meisten die Klassen haben, denen mit diesen Vorlagen geholfen werden soll. Dieses Kesselreiben der deutschen Städte untereinander könne nicht so weitergehen. Man treibe Bankrottspolitik mit diesen Vorlagen, nicht nur für heute, sondern bis in die weiteste Zukunft durch die Erhöhung der versorgungsbedürftigen Grundgebälter. Eine solche Wohnnahme wäre erst in einer Zeit berechtigt, in der wir wissen, daß unsere Baluta sich nicht mehr zu der früheren Höhe erhebt.

Das waren die Gedankengänge, die Herr Hofes unter großer Aufmerksamkeit des Hauses entwickelte. Man muß ihm für die Offenheit und Unerschrockenheit, mit der er seine durchaus zureichenden Ansichten entwickelte, dankbar sein. Es ist aber auch ein Zeichen der Zeit, daß er ohne jede Unterbrechung angehört wurde. Der Widerspruch, soweit er erhoben werden konnte, trat erst zu Tage, als die andere Fraktion den Vortrag des Wortes nahm. Herr Dr. Zeffelohr, der Sprecher der demokratischen Fraktion, meinte, Herr Hofes wüßte die Vorlage abzulehnen, wenn er konsequent sein wolle. Die Sachlage sei doch heute so, daß jedem in Deutschland infolge der tiefen Lebensmittelpreise einen schweren Existenzkampf durchmache, nicht nur der Beamte und Arbeiter, sondern auch die einstmaligen Reichen, die daran denken müssen, daß sie verarmt sind. Es sei bedauerlich, daß diese Erkenntnis noch nicht ganz in Berlin und Herz eingebracht sei. Eine Abbaumöglichkeit sei nur dann möglich, wenn die Produktion endlich einmal einbräche, daß es eine Schmach ist, daß für Millionen ausländische Arbeiter in Deutschland in die Luft geblasen werden, daß es eine Schmach ist, daß in den Schaufenstern noch Orangen und andere Luxusgegenstände ausgelegt sind. Man könne die Höhe dieser Luxusartikel noch erheblich vermehren. Man denke an die durch das „Brot im Westen“ geschliffenen und noch schlaffenden Schnäpse und Wäcker, von denen heute ein Fingerhut voll so viel kostet, wie im Frieden beinahe eine ganze Flasche. Man denke weiter an die Luxusuhren, die den Arbeiterweibern bis nahezu ans Knie reichen, an die Pelze und Seidenroben, die zur Ausstattung aller derjenigen gehören, die mühelos Tausende in einem Tage verdienen. Es laufen in Mannheim genug derartige Exemplare herum zum Berger und Grimm aller derjenigen Einwohner, die sich vergeblich den Kopf darüber zerbrechen, wie sie sich die unbedingt notwendige Garbrobe beschaffen können. Herr Dr. Zeffelohr hat erst gelegentlich einer dieser Tage unternommenen Auslandsreise wieder erfahren, daß die einzige Rettung für uns vermehrte Arbeit ist, daß der Achtundzestag überschritten werden muß. Es sollten unter allen Umständen allen denjenigen, die länger als acht Stunden arbeiten, erhöhte Lohnsätze gewährt und gute Lebensmittel zu relativ billigen Preisen verschafft werden. Die demokratische Fraktion werde für die Vorlagen stimmen, weil keine andere Möglichkeit vorhanden sei, dem städtischen Personal zu helfen. Der Redner stellte auch seine Änderungsanträge, sondern gab nur verschiedene Anregungen.

Herr Hofes erklärte das Einverständnis der sozialdemokratischen Fraktion mit den Vorlagen. Der Redner machte das bemerkenswerte Eingeständnis, daß man wolle: nur Arbeit kann uns retten. Aber bis diese Erkenntnis sich durchgerungen habe, werde es wohl noch einige Zeit dauern. Abgesehen von dem, was anfangs, diese Erkenntnis recht bald in die Herzen des ganzen Volkes dringen. Wenn es noch einige Zeit dauert, könnte es zu spät sein. Wäre zwei Stunden unterließ man sich über den Straßenbahnartikel. Bei der Beschlussefassung über den städtischen Antrag lag eine solche Fülle von Anträgen und Resolutionen vor, daß sich über die Art der Abstimmung beinahe noch eine Geschäftsordnungsdebatte entwickeln hätte, wenn der Oberbürgermeister damit einverstanden gewesen wäre. Am weitgehendsten war ein sozialdemokratischer Antrag, der noch schnell eingebracht wurde, als man zur Abstimmung schreiten wollte. Wenn sich der Stadtrat mit diesen Vorschlägen, die einstimmig gutgeheißen wurden, einverstanden er-

klärt, so werden schließlich 1-5 Teilstrecken nicht 60, sondern 80 Vg. und 6-7 Teilstrecken nicht 80, sondern 75 Vg. kosten. Annahme fand auch ein demokratischer Antrag, demzufolge Schüler und Schülerinnen die zu 14 Jahren im Wochenfahrtsverkehr zur täglich zweimaligen Fahrt von der Wohnung zur Schule zum Preise von 2 M erhalten, sofern Elternhaus und Schule mindestens 3 Kilometer entfernt sind. Es ist nur zu billig, daß diesem Antrage stattgegeben wurde, denn wenn in einer Familie mehrere schulpflichtige Kinder vorhanden sind, die aus den Vororten in die Schulen der Innenstadt müssen, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was das Straßenbahnbudget in dieser Familie ausmacht, wenn das Oberhaupt auch noch in der Stadt beschäftigt, also auf die Straßenbahn angewiesen ist. Ein weiterer demokratischer Antrag, der den Rheinauern eine billigere Fahrgeldregelung verschaffen will, ging ebenfalls durch. Die Bewohner des Vororts Rheinau müssen nach dem städtischen Tarif 1 M zahlen. Das bedeutet eine empfindliche Zulage gegen die Bewohner der Vororte, die höchstens 50 Vg. zu zahlen hätten. Die Rheinauer sind nunmehr den Neubornern, Kärlstern und Waldhöfen gleichgestellt und haben nur 75 Vg. zu entrichten, wenn der Stadtrat damit einverstanden ist. Es wird ohnehin nicht geringe Schwierigkeiten haben, sich mit den Anträgen, die eine völlige Umänderung des Tarifsystems hervorbringen, abzufinden, da auch Ludwigshafen gehört werden muß. In der Kochbarstraße aber ist der Tarif, wie er vom Mannheimer Stadtrat vorgeschlagen wird, bereits genehmigt worden.

Am Tische der Bürgermeister und des Stadtrats hätte man es begreiflicherweise gerne gesehen, wenn der Tarif unverändert angenommen worden wäre. Die Höhe und von Straßenbahnkommission und Stadtrat unter Zugrundelegung des Standpunktes normiert worden, daß die städtischen Betriebe dahin gebracht werden müssen, daß sie sich wenigstens selbst erhalten. Im Hause wurde die gleiche Ansicht vertreten, mit Ausnahme der U.S.P., die in ihren Meinungen und Entschlüssen durch keinerlei Rücksichten auf die städtischen Finanzen beeinflusst wird. Erminister Schwarz meinte, man treibe in der Tarifpolitik der Straßenbahn eine Vogelstreichpolitik. Die Straßenbahn müsse als Verkehrsmittel aus den sich selbst erhaltenden Betrieben ausgeschaltet werden, denn wenn Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen sollten, dann würden die Fahrpreise für die breite Masse der Bevölkerung unerschwinglich werden. Es mittle wie eine kleine Sensation, als der Oberbürgermeister darauf erwiderte, es könne zur Außerbetriebsetzung der Straßenbahn kommen, wenn die Debitorenleistung so wie bisher weitergehe.

Die Vorlage über die Abänderung der Luftfahrtssteuerordnung wurde auf Vorschlag des Oberbürgermeisters zurückgezogen. Der Stadtrat stimmte mit diesem Vorschlag einem Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion entgegen, die den gleichen Vorschlag in potio hatte. Eine aus 12 Stadtorordneten und 6 Stadträten zusammengesetzte Kommission wird nunmehr unter Zugabe von Interessenten die ganze Luftfahrtssteuerordnung einer nochmaligen Durchprüfung unterziehen, die sich wohl in der Richtung bewegen wird und bezogen muß, wie die von interessierter Seite gewünschten Milderungen erzielt werden können, ohne daß die Umsätze der Stadterhaltung, dem Stadtkassee vermehrte Einnahmen zuzuföhren, beeinträchtigt werden.

**Aus Stadt und Land.**

**Das fleißige Mieteinigungsamt und der Hausbesitz.**

Der Grund- und Hausbesitzerverein Mannheim hielt gestern Abend eine Versammlung ab, auf die wir im Anblich noch zurückkommen werden. Hierfür sei mitgeteilt, daß folgende Entscheidung angenommen wurde: Die organisierten Hausbesitzer haben die zeitliche Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Mietwesens stets anerkannt und die damit verbundenen Kosten und Beschwerden im Interesse der inneren Ruhe und Ordnung getragen. Dies geschah allerdings unter der Voraussetzung, daß durch die Verhandlungen nur unangenehme Steigerungen der Mietpreise verhütet, die ordnungsgemäße Verwaltung und Unterhaltung der Häuser durch eine relative Wirtschaftlichkeit aber gewährleistet würde, wie dies ohne Zweifel auch die Pflicht des Gesetzgebers gewesen ist. Die Anwendung der Bestimmungen durch das fleißige Mieteinigungsamt hat aber diese Voraussetzung in letzter Zeit sehr in Frage gestellt. Die Vermittlung erhebt nachdrücklich Protest gegen diese Praxis in der Rechtsprechung auf dem Gebiete der Mietmessen, zunächst im berechtigten Interesse der einzelnen Vermieter, dann aber auch im Hinblick auf die organische und gesunde Entwicklung des Wohnungswesens überhaupt.

Die Versammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung und die zuständigen Stellen dafür Sorge tragen, daß Miethäuser umgeben befreit werden. Es muß gefordert werden, daß bei der Mietfestsetzung nicht so engstirnig verfahren und den besonderen Verhältnissen mehr als bisher Rechnung getragen wird. Im besonderen verlangen wir in dieser Beziehung, daß bei der Mietfestsetzung entsprechende Rücksicht für

wohl auffnehmbare, aber nicht zu umgehende Reparaturen und eine Verzinsung des eigenen Kapitals nach dem gleichen Maß wie bei fremden Geldern zugestimmt werden und daß die mit der Verordnung im Widerspruch stehenden Verfügungen und Verfügungen sowie Entschädigungen, die nicht ohne Prüfung der Rechtslage erfolgen und meist in keinem Verhältnis zu der Mieterhöhung stehen, unterlassen werden. Um eine möglichst objektive Prüfung und Verbeibehaltung der einzelnen Fälle zu erreichen, erscheint es der Versammlung notwendig, daß die Vorliegenden beim Einigungsamt im Hauptberuf tätig sind. Auch die Hausbesitzer sind vollberechtigte Bürger unseres demokratischen Rechtsstaates und haben Anspruch darauf, daß sie ohne jede Anwendung von Zuckern Mitteln zu ihrem Rechte kommen.

**Der Verein städtischer Beamten**

hat, so wird uns geschrieben, am 25. 2. im alten Bürgerauschussaal eine außerordentliche Mitgliederversammlung veranstaltet, aus deren Verhandlungen folgende Punkte hervorgehoben sind: 1. Die Frage des Beamtenauschusses, 2. diejenige der Teuerungszulagen. Bezüglich der ersten Frage gab die Versammlung dem Wunsch Ausdruck, daß die Stadterhaltung dem Beispiel des badischen Staates folgen und alsbald die städtischen Beamten für die städtischen Betriebe auf einer ähnlichen Grundlage errichten möge, wie sie durch die Verordnung des badischen Staatsministeriums vom 27. 1. 20 geschaffen wurden. Dadurch käme man in der Lösung der überaus wichtigen Beamtenvertretungsfrage einen wesentlichen Schritt vorwärts, umal die durch die Art der bisherigen Behandlung dieser Frage seitens des Stadtrats in der Beamtenkammer hervorgerufene Ablehnung zur Beseitigung drängt. Hinsichtlich der Teuerungszulagen gab sich die Versammlung mit dem vom Stadtrat beschlossenen und nun vom Bürgerauschuss zu genehmigenden vorläufigen Regelung als vorläufige Regelung der Teuerungszulagen zufrieden. Man erwartet jedoch bestimmt, daß die nunmehr eintreffende Erhöhung der Bezüge durch die inzwischen milder gestiegene Teuerung bereits wieder überholt ist, für die Folgezeit baldmöglichst eine den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechende Neuregelung der Beamtenzulagen vorgenommen wird. Ferner wurde folgende Resolution einstimmig gutgeheißen:

„Der Bürgerauschuss möge beschließen, daß die Bezüge der schon vorhandenen Witwen, Waisen und zur Ruhe gelangten Beamten und Arbeiter, ebenso wie die der zukünftigen, in der Weise geregelt werden, daß diese Bezüge rückwirkend ab 1. Januar 1920 unter Zugrundelegung der neuesten neuzeitlichen Bestimmungen des Beamtenstatus aus dem pensionsfähigen Einkommen u. Bürgerauschussvorsatz vom 2. 3. 1920 errechnet werden und hierzu den zur Ruhe gelangten Beamten und Arbeitern die volle Teuerungszulage, wie den im Dienst befindlichen, gewährt wird. Den Witwen  $\frac{1}{2}$  dieser Teuerungszulagen, den unversorgten Kindern der vollen Kinderbeitrag.“

**Die Fleischwarenfabrik in Tauberbischofsheim und die Fleischnot.**

In der jüngsten Pressekonferenz wurden von einem Redner die Zustände in der Frankfurter Fleischwarenfabrik A. W. Tauberbischofsheim besprochen und dabei behauptet, es würden in dieser Fabrik täglich 75 Cows im Gewicht von je 10-12 Ztr. verarbeitet. Das Fleisch aus diesen Schlachtungen komme sämtlich außerhalb des Landes nach Deutschland, während z. B. in der Stadt Mannheim ganz wenig oder gar kein Fleisch zur Verteilung gelange. Herr Bürgermeister Dr. Wall hat daraufhin von der Leitung der Fleischwarenfabrik folgendes Rechtfertigungsschreiben erhalten:

„Unser Fleischkonsumentsrat hat die seit in etwa 3 Wochen für verschiedene Kommunalverbände rund 80 Stück Vieh im Ganzen verarbeitet, dabei etwa 2 Cows, während das andere Rind aber Rind war. Die Kommunalverbände, die diese Verarbeitung mit Genehmigung der zuständigen badischen Fleischverordnungsstelle vorgenommen haben, haben ihre Viehstufen meist überliefern, einer sogar das Doppelte von dem, was sein Viehgewicht betrug. Von einer Lieferung außerhalb Baden kann keine Rede sein, da es sich ausschließlich um badische Kommunalverbände handelt und da diese Kommunalverbände diese Mengen an u. für sich aus ihren eigenen geschlachten Tieren eingepackt hatten, so nicht diese Verarbeitung der Kommunalverbände nicht nur kritisiert, sondern als praktisch und vorteilhaft von jedermann anerkannt werden durch die große Futtermangelzeit mühen Tausende von Stück Vieh in der Landwirtschaft abzugeben werden, weil Viehvieh infolge Futtermangel nicht mehr durchgehalten werden konnten. Das Überlieferungssoll der Handböcker wurde dadurch von diesen weit überschritten und nachdem seitens der Regierung die Viehstufen herausgegeben war, daß nicht mehr als das Soll geliefert werden sollte, indem die Schlachtanlagen von Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Forstheim überfüllt seien, das Angebot seitens der Kommunalverbände aber noch wie vor stark ist, haben sich einzelne Kommunalverbände entschlossen, von ihren Einsparungen eine Anzahl Tiere verarbeiten zu lassen. Um für die Fleischwaren Sommermonate Fleisch zur Verfügung zu haben. Wir behaupten, daß Tausende von Stück Vieh, die den Schwarzschlachtern zum Opfer fielen, den öffentlichen Bewirtschaftung hätten zugeführt werden können, wenn unsere Fleischwarenfabrik um 2 bis 3 Punkte früher hätte eröffnet werden können und die Kommunalverbände dadurch die Möglichkeit gehabt hätten, bei uns diejenigen Tiere verarbeiten lassen zu können, die sie im anderen Falle eben nicht abnehmen konnten.“

**Siebende musikalische Akademie.**

Es ist gewiß eine dankenswerte Aufgabe unserer musikalischen Akademien, uns mit bemerkenswerten Kompositionen und seien sie noch so extremer Richtung, bekannt zu machen. Da aber Arnold Schönberg, wie bei den derzeitigen Verhältnisse zu erwarten war, den Weg von Wien nach Mannheim nicht gefunden hatte und Schönberg uns schon vor acht Jahren (am 3. Dezember 1912) mit der inhumanen Dichtung „Bellus und Klilanda“ bekannt gemacht hätte, war wohl bei dem nächsten Teil der Akademiebesucher ein Bedürfnis vorhanden, das 1902 in Berlin komponierte Werk nochmals zu hören. Schönberg, der, nebenbei gesagt, auch als Meister seine eigenen Wege geht, ist Autodidakt. Seine Harmonik fußt auf der Obertheorie. Er macht wie Heinz Tielens in der von Hermann Spierchen neu herausgegebenen Halbmonatschrift für Kunst „Melos“ herabsteigt, der bisherigen Musiktheorie den Vorwurf, daß sie nur die ersten drei Oberläute des Tonus berücksichtigen, „anstatt weiter zu suchen und die übrigen Oberläute unterzubringen.“ In „Bellus“ verwendet er die Konstanten mit ihrer bis dahin — und auch für unser Ohr — unüblichen Folge einer Reihe großer Terzen mit den das Gefühl der Tonhöhe gänzlich lösenden „Quartettakkorden“.

Seine Dur- und Moll-Akkorde unterteilt Schönberg „Harmonielehre“ nicht. Daher die fehlende Tere in vielen Schöpfungen. Da Schönberg auch anders schreiben kann, bemerkt kein vor einigen Jahren durch das Frankfurter Rednerquartier hier vermittelte Texten „Bellus“ nicht. Dagegen konnte man zu seinem Kismoll-Quartett und den dreimal sieben Gebilde des „Pierrot Lunaire“ kein Verhältnis gewinnen. Die „Bellus“-Symphonie trägt eine funktionale Verarbeitung einer Riesenzahl von Themen mit ihren Engführungen und kontrapunktischen Verbindungen und eine glänzende Instrumentation. Aber ein Loblied für Herz und Ohr ist sie nicht.

Herr Furzwängler war eifrig bemüht, der Partitur die besten Seiten abzugewinnen. Man darf der gelassenen Wiederholungen nachsichtigen, daß sie noch erheblich über der früheren hand. Aber der Entschluß blieb aus. Um so herrlicher trat die Interpretationskunst Wilhelm Furzwänglers in den beiden klassischen Werken, Union Duvara's dramatische Ouverture „Huska“, die als Reibel erschien, und in Tchaikowsky's S. Symphonie in G-moll an, deren Wiederholungen vom Feuer echter Leidenschaft befeuert, eine schicksalhaft vollendete Gesamtheit werden. Die Formale Ouverture, die ihre Themen der atonalen, mitschwingenden Kirchenmusik entlehnt, erfährt eine gelb- und schwarzweisse Belebung. Nicht minder die Tchaikowsky'sche Symphonie, aus der trotz klassischer Mittel ein warmfühlendes Musterwerk (siehe

Ramenlich der erste Satz in der Wärme und Wahrheit seiner Empfindung und der kunstvollen thematischen Durchführung ist ein lebendiges Dokument schöpferischer Begabung. Düstere Schwermetalle beherrscht die beiden ersten Sätze, deren zweiter mit einer schönen Hornmelodie einsetzt. Erst der Schluss des Andante cantabile in D-dur bringt eine Umwandlung der Stimmung in herrliche.

Der dritte Satz zeigt an Stelle des Menuetts die Walzerform, aber es ist nicht unser deutscher Walzer, sondern der durch seine Fantasieformen charakteristische Walzer Tchaikowsky's, wie derselbe in vielen seinen Symphonien wieder erscheint. Der Finaleffekt der musikalische Einheit durch Wiederholung des Eingangsmotivs, aber er hält nicht, was er verspricht, trotz seines glänzenden Fortbewegens. Die Urfindung die hier an der Oberläute, und die Durchführung bringt viele Wiederholungen, ohne die noch innere Steigerung. Mit der temperamentvollen Wiederholung vollbrachte Herr Furzwängler wieder eine seiner unergreiflichen künstlerischen Taten. Das Orchester hielt sich unter der hingebungsreichen Leitung seines bewährten Führers meistertätig. Streicher und Bläser wetteiferten förmlich miteinander. Die Bläser leisteten an diesem Abend eine besonders anstrengende Aufgabe. Wilhelm Furzwängler, den schon beim Betreten des Saals spontane Beifall begrüßte, war auch am Schlusse Gegenstand begeisterten Jubelungen. Eine Fülle bestiger Angebote lag an seinem Dirigentenpult. So erst Mannheim seine Künstler! J. W.

**Aus dem Mannheimer Kunstleben.**

— (Theaternachricht.) Die morgige „Walden“-Aufführung dirigiert Konrad Gurtel vom Stadttheater in Bremen auf Aufführung. — Die Aufführung des einaktigen Dramas „Der Totengräber“ von Klambund findet unter Leitung von Fritz Wendhausen am Dienstag nächster Woche statt. Den Abend beschließt eine Neuinszenierung von Gerhard Hauptmanns Traumbildung „Hanneles Himmlischer“, das seit 1912 in Mannheim nicht mehr gegeben wurde. — Richard Dehmel's Drama „Die Menschenkinder“, das kürzlich wieder erfolgreich in den Spielplan aufgenommen wurde, wird am Freitag wiederholt. — Für Ende nächster Woche wird unter Leitung von Heinz W. Volgt Festspiel „Minna von Barnhelm“ in neuer Inszenierung vorbereitet.

— (Musikabend Walter Lehners.) Wir verweisen nochmals auf den heute Abend halb 8 Uhr im Harmoniesaal stattfindende Musikabend des jungen Pianisten.

— (Konzert Weigert.) Der erfolgreiche Künstler wird voraussichtlich ein zweites Konzert geben, dessen Datum noch durch Infacet bekannt gegeben wird.

— (Antheaterliche Veranstaltung.) Wir erinnern an den 8. Goethe-Vortrag Dr. Ebenauer im Versammlungssaal des Rosengarten, Thema: „Das Dämonische“. Anfang 8 Uhr.

— (Freier Bund — Akademie für Jüdermann.) Am Mittwoch den 3. März 1920 spricht Herr Hermann Eich für bei Angehörigen der 1. u. 2. über das Thema „Von Wesen der Baukunst“. Die Kaufleute umgibt, wie keine andere, unser alltägliches Leben. Ihr Wohlstand ist unser Wohlstand, deren Erfolg wir uns nicht entziehen können. Und doch hat oft mancher, der eine lebhaft Anteilnahme an der Baukunst fühlte, verwehrt in hohem Aufschub über ihre Gärten zu gewinnen verlust. Der Vortrag soll nun an Dichtbüchern das Wesen der Baukunst und die gegenwärtig herrschenden Anschauungen in gemeinverständlich Weise darlegen.

— (Die Vortragsreihe über „Das Werden und Wesen der Musik“), die von Herrn Kapellmeister Robert Herrnick im Auftrage des Ausschusses für Volksmusikpflege an zehn Dienstag-Abenden im alten Rathauslokal abgehalten werden wird, beginnt am kommenden Dienstag, den 9. März. Die Befehle der Serientarten können dies in der zweiten Hälfte der laufenden Woche an jenen Stellen in Empfang nehmen, wo sie ihre Bestellungen in die Zeichnungskasse eingetragen haben. (Kühnert's Anzeiger.)

**Schulschnachrichten.**

Prof. Dr. Ernst Bucher in Erlangen wird dem Ruf auf den Lehrstuhl der klassischen Archäologie in Freiburg i. B. zu Ostern dieses Jahres Folge leisten; er tritt dort an Stelle von Prof. Dr. A. Curtius, der nach Heidelberg überbeht.

Der Pflanzgarten Oberzweibrunn Medizinrat Dr. med. Friedrich Holzmann ist zum außerordentlichen Professor der Zoologie an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe ernannt worden. Der besonders auf dem Gebiete der Gemberebologie wichtige Gelehrte ist ein geborener Sträßburger. 1902 trat er an den badischen Staatsdienst als Assistent der Heil- und Pflanzenkunde in Forstheim, wurde 1906 ärztliches Mitglied der badischen Gemberebologie, wo er später zum Oberzweibrunn befördert wurde. 1912 erhielt er die venia legendi für Gemberebologie in Karlsruhe.

Das Staatsministerium hat unterm 19. Februar d. J. beschlossen: Die bisher an der Technischen Hochschule Karlsruhe eingerichtete Abteilung für Fortwiesem mit Wirkung vom 1. April d. J. in die naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät der Universität Freiburg einzuföhren; die folgenden Professoren der Abteilung für Fortwiesem mit Wirkung vom 1. April d. J. an die Universität Freiburg zu versetzen: den ordentl. Professor der Zoologie Dr. Ernst Bucher in Erlangen, den ordentl. Professor der Zoologie Dr. Hans Hauszarth, den ordentl. Professor der Zoologie Dr. Robert Lauterborn, den außerordentlichen Professor der Botanik Dr. Maximilian Heideg.

Handel und Industrie.

Die Bezahlung der Auslandsschulden und Forderungen.

Berlin, 3. März. (Eig. Draht.) Die Frage, zu welchem Umrechnungskurse die nach Bestimmungen des Friedensvertrages durch Reichsausgleich zu tilgenden Auslandsschulden und Forderungen beglichen werden sollen, hat bereits seit längerer Zeit Anlaß zu einer weitgehenden Diskussion gegeben.

Nunmehr hat auch die Regierung ihren Standpunkt festgelegt. Auf eine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Deltus hat nämlich der Reichsminister für den Wiederaufbau erwidert, daß ein in Vorbereitung befindlicher Entwurf des Reichsausgleichsgesetzes voraussichtlich Anfang nächsten Monats dem gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung vorgelegt werden würde.

Es bleibt vorbehalten, die sich durch die gekennzeichnete günstige Art der Abrechnung für den einzelnen ergebenden Vermögensvorteile durch besondere Steuervorschriften zu erfassen.

Neue Kohlenpreiserhöhung von 15 Mark pro Tonne.

w. Berlin 2. März. (Draht.) Auf Grund der Uebersichten, die von den Bergarbeitern zur Hebung der Kohlenförderung gefahren und welche mit einem 100%igen Aufschlag zum üblichen Lohn entschädigt werden, mußte sich der Reichskohlenverband in Verhandlungen mit den Angehörigen der Syndikate, die auf Preiserhöhungen abzielen, eintragen.

r. Düsseldorf, 3. März. (Eig. Draht.) Trotzdem die Kohlenpreise mit Wirkung ab 1. März eine abermalige Verteuerung um 15 Mark pro Tonne Steinkohle erfahren haben, werden die Preise für A- und B-Produkte der Eisenindustrie vorläufig unverändert bleiben und zwar in der vom Stahlbund zuletzt beschlossenen Höhe auch für den Monat März.

Börsenberichte.

Berlin, 3. März. (Eig. Draht.) Die Berliner Börse blieb gestern für alle Märkte geschlossen. Auch die Produkten- und Metallbörse hatte angesichts der Jahrbücherfeier der Korporation der Kaufmannschaft ihre Tätigkeit eingestellt.

Mannheimer Effektenbörse. Die gestrige Börse war wieder recht lebhaft. Zu höheren Kursen gingen um: Aktien des Verein Deutscher Oelfabriken zu 315 %, Benz zu 380 %, Aktien der Unionwerke zu 222 % und Zuckerfabrik Wagbäusel-Aktien zu 503 %.

Basler Devisenmarkt. Basel, 3. März. (Eig. Draht.) Von der gestrigen Festigkeit ist heute nicht mehr viel zu merken. Als neuerdings hoch sind nur noch deutsche Mark zu erwähnen.

Wirtschaftliche Rundschau.

München, 3. März. Am 21. Januar hat der Verein zur Abhaltung einer Deutschen Gewerbeausstellung im Jahre 1922 in München seine Gründungsversammlung abgehalten und sein Ausstellungsprogramm bekanntgegeben.

Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft. Die Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft in Emmendingen in Baden beantragt die Verpachtung des Geschäfts.

Neue Transportversicherungs-Gesellschaft. Unter dem Namen Gloria Versicherungs-A.-G. ist in Frankfurt mit einem Grundkapital von 5 Mill. M. eine neue Transportversicherungsgesellschaft gegründet worden.

Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten E. V. hielt seine diesjährige Hauptversammlung kürzlich in Berlin ab. Aus der Versammlung gab sich ein starker Unmut der Industrie gegen die fortgesetzten starken Preissteigerungen für die Dachpappenfabrikation kund.

Leipziger Garabörse. Die nächste Garabörse in Leipzig findet am Freitag, den 12. März 1920 im Lesensale der Handelskammer, Neue Börse, Tröndlingring 2, Aufgang Treppe B vom Börsengang aus, statt.

Norddeutsche Cellulosefabrik A.-G. in Königsberg. Nach Abzug von 2,62 Mill. M. Handlungsunkosten und 576,924 M. (i. V. 440,914 M.) Abschreibungen stellt sich einschl. 240,333 M. Vortrag der Rücklagen auf 385,103 (1.260.333 M.).

Wollversteigerung in Hannover. Der Wollversteigerungsverband hielt heute von ihm beauftragte Deutsche Wollgesellschaft eine Versteigerung von Wolle aus erster Hand in Hannover ab.

Neueste Drahtberichte.

Zum Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes. w. Berlin, 3. März. (Draht.) Den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Tabaksteuergesetzes vom 12. September 1919 soll nach § 97 Abs. 1 des Gesetzes der Reichsminister der Finanzen bestimmen.

Die Festsetzung der neuen Zementpreise. Berlin, 3. März. (Eig. Draht.) In Ergänzung unserer gestrigen Meldung sei mitgeteilt, daß die durch Bekanntmachung vom 4. Februar 1920 festgesetzten Preise mit Wirkung vom 1. März 1920 erhöht sind.

Weitere Kapitalerhöhungen. Berlin, 3. März. (Eig. Draht.) Die den Brown-Boveri-Werken nahestehenden Zählerwerke in München beantragen eine Erhöhung ihres Grundkapitals um 2,75 Mill. M., was einer Verdoppelung des bisherigen Kapitals gleichkommt.

Bremen, 3. März. (Eig. Draht.) Die Hansa-Lloyd-Werke Akt.-Ges. Bremen beantragt Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals auf 33 Millionen Mark. Das bisherige Kapital der Gesellschaft beträgt 20 Millionen M.

Waren und Märkte. Baumwollmarkt. Laut Bericht von Knoop u. Fabarius, Bremen, hat eine neue starke Preissteigerung in der verflochtenen Woche alle Märkte beherrscht.

Table with 5 columns: Location, Date, Price, etc. for water level observations in March.

Table with 5 columns: Date, Temperature, Wind, etc. for weather forecasts.

Table with 5 columns: Date, Temperature, Wind, etc. for weather reports.

Hierzu ist zu bemerken: Niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, daß diejenigen Kommunalverbände, welche über keine Gefrieranlagen verfügen, in der Laubstichschneiderei Fabrik das überschüssige Vieh zu Konserven verarbeiten lassen.

Rückkehr aus französischer Gefangenschaft.

Auf die heute Mittwoch abend um 7.30 Uhr im Nibelungenaal zu Ehren der aus französischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten französischen Gefangenen, zu der auch eine Anzahl Genoffen zum Verkauf freigegeben ist, sei hier nochmals hingewiesen.

Bereinigung der Amtsbezeichnungen der Rechtsbeamten. In den meisten deutschen Ländern führen die Rechtsbeamten nach Ablegung der 1. juristischen Prüfung die Bezeichnung 'Referendar', nach Ablegung der 2. juristischen Prüfung die Bezeichnung 'Rechtsassessor'.

Zur Brandentschädigung. In einer amtlichen Pressemitteilung in der 'Korier. Ztg.' wird darauf hingewiesen, daß in weiten Kreisen die irrige Ansicht verbreitet ist, im Brandfälle werde bei Bestehen einer Feuerversicherung der im Gefolge vom Juli 1919 festgesetzte Zuschlag zur Brandentschädigungssumme nicht gewährt.

Pferdebestand. Der Mannheimer Reithofbauernverein waren zwei wertvolle Pferde gestohlen worden, die der Dieb in Frankfurt um 22.000 M. verkaufte.

Table with 5 columns: Date, Time, Location, Title, etc. for National-Theater and Neues Theater.

Kommunales.

Koblenz, 2. März. Der Bürgerausschuß setzte in seiner gestrigen Sitzung für das erste Vierteljahr 1920 den Umlagefuß wie bisher fest. Es wurden u. a. 50.000 Mark zur Behebung der Wohnungsnot und die gleiche Summe zur Bereinigung von Rostarbeiten bewilligt.

Karlsruhe, 1. März. Der Bürgerausschuß genehmigte am Samstag einstimmig den Borantrag für das 1. Vierteljahr 1920. Im Zusammenhang damit wurden die vom Stadtrat beschlossenen Erhöhungen der Straßenbahn- und Lokalbahntaxe und der Lichtersteuer, ferner die Vorlagen betr. die Wirtschaftswandbeschäftigung für Stadtdiener und Helfer des Gewerbes und Kaufmannsgerichts, des Kleinrentenamts und des Wohnungsamts sowie des Umlageauschusses für Umlageausgleichsangelegenheiten, ebenso die Errichtung einer Anzahl neuer Bewässerungsstellen genehmigt.

Frankfurt, 29. Febr. Der Magistrat übertrug dem Herrn Bürgermeister Dr. Luppe in dankbarer Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit die silberne Plakette der Stadt Frankfurt sowie eine gerahmte Radierung des Rathauses von Ulbricht mit der Widmung: 'Dem rüstigen Förderer unseres Gemeinlebens, Herrn Bürgermeister Dr. Hermann Luppe in dankbarer Anerkennung seiner unvergänglichen Verdienste'.

Vereinsnachrichten.

Der Gesangsverein 'Sängerlied' welcher in diesem Jahre sein 25jähriges Bestehen durch ein größeres Konzert im Kleingartenstadion feiern wird...

Der Mannheimer Sängerkreis E. V. Mannheim veranstaltete in seinen vereinigten Vereinslokalitäten, 'Großer Saal', Siedentischweg 72, eine humoristische Familienunterhaltung...

Aus dem Lande.

Schlesheim, 1. März. An unsere Schule gemeldet wurde der Hilfslehrer Adam A. Müller von Hühelshaus anstelle des zu einem Kursus nach Karlsruhe einberufenen Fräuleins...

W. Weibelberg, 2. März. Aus den Lagerräumen eines Althändler in der Linien Redaktionsstraße wurden zwei Säcke Schafwolle und Strickwolle im Werte von 3000 Mark gestohlen...

Don der Bergstraße, 25. Febr. Die Frühjahrsarbeit ist bei uns größtenteils bewerkstelligt, dieses Jahr etwas früher als voriges Jahr, wo sie sich an einzelnen Plätzen bis gegen den April hinaus zog...

W. Weibelberg bei Landersbühlshaus, 27. Febr. Täglich verunfallt es auf der hiesigen Station der Bremser Verkehr aus Landau. Er wollte vom Treibrett abspringen, glitt aus und wurde überfahren...

W. Weibelberg, 2. März. Bei einem kleinen Wert wurden ein Kraftfahrzeug und Werkzeuge im Wert von 10000 M., die aus Herresbühlshaus kommen, beschlagnahmt.

W. Weibelberg, 2. März. Unser bisheriger Bürgermeister, Landtagsabgeordneter Schön, hat nach seinem Ausscheiden aus...

dem hiesigen Unter die Stelle eines Mannes in Erlangen angenommen. Jetzt wird er wieder aus dem Staatsdienst ausgeschieden und Direktor des hiesigen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes in Karlsruhe werden. Sein Landtagsmandat behält er bei.

Sportliche Rundschau.

Judo.

Sportverein 1907 Mannheim-Waldhof - Viktoria-Heidelberg 5:1 (0:1). Wohl 3000 Zuschauer versammelten am Sonntag den Sportplatz auf dem Waldhof, um einen interessanten Kampf obiger Mannschaften...

Vorher trafen sich auf genanntem Plage die Uray-Riga des Sportvereins 1907 Mannheim-Waldhof und Judo-Gesellschaft 'Rider' zu einem Freundschaftsspiel...

Amliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Donnerstag, den 4. März gelten folgende Maxen:

- I. Für die Verbaucher:
1. Speiseöl 1/2 Pfund zu M. 2.- die Portion 48 in den Verkaufsstellen 1-450.
2. Rübenseife 1/2 Pfund für je zwei Wäscheleistungen 12, 1 Dose zu M. 5.- in den Verkaufsstellen 1-1000.

II. Für die Verkaufsstellen:

- 1. Speiseöl 1/2 Pfund zu M. 2.- für die Verkaufsstellen 481-680 bei der Gebä. Festmische im Schlachthof am Donnerstag, den 4. ds., von 8-11 Uhr und von 2-4 Uhr.
2. Rübenseife: für die Verkaufsstellen 243, 1 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 20 Pfg.) und für 2 Pfund Speiseöl (das Pfund zu 20 Pfg.) die Verkaufsstellen 243 in den Verkaufsstellen 299-313.

III. Für die Verkaufsstellen:

- 1. Speiseöl 1/2 Pfund zu M. 2.- für die Verkaufsstellen 481-680 bei der Gebä. Festmische im Schlachthof am Donnerstag, den 4. ds., von 8-11 Uhr und von 2-4 Uhr.
2. Rübenseife: für die Verkaufsstellen 243, 1 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 20 Pfg.) und für 2 Pfund Speiseöl (das Pfund zu 20 Pfg.) die Verkaufsstellen 243 in den Verkaufsstellen 299-313.

IV. Für die Verkaufsstellen:

- 1. Speiseöl 1/2 Pfund zu M. 2.- für die Verkaufsstellen 481-680 bei der Gebä. Festmische im Schlachthof am Donnerstag, den 4. ds., von 8-11 Uhr und von 2-4 Uhr.
2. Rübenseife: für die Verkaufsstellen 243, 1 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 20 Pfg.) und für 2 Pfund Speiseöl (das Pfund zu 20 Pfg.) die Verkaufsstellen 243 in den Verkaufsstellen 299-313.

V. Für die Verkaufsstellen:

- 1. Speiseöl 1/2 Pfund zu M. 2.- für die Verkaufsstellen 481-680 bei der Gebä. Festmische im Schlachthof am Donnerstag, den 4. ds., von 8-11 Uhr und von 2-4 Uhr.
2. Rübenseife: für die Verkaufsstellen 243, 1 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 20 Pfg.) und für 2 Pfund Speiseöl (das Pfund zu 20 Pfg.) die Verkaufsstellen 243 in den Verkaufsstellen 299-313.

VI. Für die Verkaufsstellen:

- 1. Speiseöl 1/2 Pfund zu M. 2.- für die Verkaufsstellen 481-680 bei der Gebä. Festmische im Schlachthof am Donnerstag, den 4. ds., von 8-11 Uhr und von 2-4 Uhr.
2. Rübenseife: für die Verkaufsstellen 243, 1 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 20 Pfg.) und für 2 Pfund Speiseöl (das Pfund zu 20 Pfg.) die Verkaufsstellen 243 in den Verkaufsstellen 299-313.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe herzensgute Frau, unsere liebe Tochter und Schwester, Schwägerin und Schwägerin Luise Kern geb. Kraft...

Todes-Anzeige. Nach längerer Krankheit verschied unser verehrter Seniorchef, Herr Hugo Leis senl. Der Verstorbene war uns allezeit ein verständnisvoller, gerechter und guter Vorgesetzter...

Ausschuß für Volksmusikpflege. Die Vorlesungreihe über 'Das Werden und Wesen der Musik' beginnt am kommenden Dienstag, den 4. März, abends 8 Uhr, im alten Rathauslokal...

Die Geschäftsstelle. 2125

Öffentl. Versteigerung. Donnerstag 4. März 1920, mittags 12 Uhr werde ich im Wägenhof E. 4, 15 hier im Auftrage gemäß § 373 H. G. B. eine Ladung Brennstoff ca. 248 Tonnen...

Bekanntmachung! Jetzt ist es noch Zeit, alte künstliche Zähne und Gebisse nur noch heute in Mannheim.

Alle rationierten Brennstoffe Brennholz Kohlen-Bender G. m. b. H.

Hugo Leis im Alter von 76 1/2 Jahren zu sich zu nehmen. MANNHEIM (N 5, 1), den 1. März 1920. Frau Lulse Leis Hugo Leis junior Bertha Leis Carl Leis Julie Leis, Lehrerin

Otto Kegelmann, Hauptlehrer heute früh nach kurzem schweren Leiden zu sich zu nehmen. Mannheim, Collinistr. 24, den 2. März 1920. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Maria Kegelmann, geb. Böhm und Kind.

Herr Nikolaus Kulfanek Er war uns viele Jahre hindurch ein lieber Kollege, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. Die Angestelltenschaft der Firma Heinrich Lanz Der Angestellten-Ausschuß.

F. C. Linck & Co. G. m. b. H. Kohlen, Koks, Briketts, Brenn-Holz. Büro: E. 7, 21. - Lager Mühlbachweg.

Perf. Friseur nimmt noch Kunden an Hanna Gegenheimer Damistr. 15. Schreibmaschine

Offene Stellen

Kontoristin

für schriftliche Arbeiten sofort gesucht. Frika - Schuhfabrik S 6, 18.

Geschickte Kolporteur

für den Vertrieb einer hochaktuellen Druckschrift gesucht. Hoher Verdienst unbedingt sicher. Nähere Auskunft durch die Geschäftsstelle des Bl. 2022

Buchhalter (Süddeutschen)

Halbtägige u. amerikanische Buchführer sowie einen Vertellungs-Beamten. Angebote mit Zeugnisse. Bild und Gehaltsansuchen an Kommunalverband Eppingen in Baden.

Eisenbranche. Junger Mann

aus der Röhren- und Fittingsbranche für Büro und Magazin sofort gesucht. Ausführliche Bewerbungen mit Gehaltsantrag unter O. S. 94 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Perfekte Stenotypistin

gesucht. 3122 Schriftliche Angebote an Danzas & Cie., i. n. l. l. Mannheim.

Buchhalterin gesucht

mit sämtlichen Büroarbeiten vertraut. Stenographie und Schreibmaschine unbedingt erforderlich. Angeb. unter X. M. 112 an die Geschäftsstelle 3150

Maschinen-Schreiberin

zum 1. April gesucht welche mögl. gute Kenntnisse der englischen Sprache besitzt. Nur erstklassige Kräfte wollen vorzugsweise Bewerbungen. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche einreichen an Deutsche International Harvester Co. Mannheim. Preisentwerfstraße 25. 35970

Perfekte, gewandte Stenotypistin

möcht mit besserer Schulbildung und guter Aufassungsgabe für sofort oder 1. April gesucht. Feiner eine Anfängerin

Perfekte Stenotypistin

gefucht, bei hoher Entlohnung. Vorstellung nachmittags. 3172

Rechtsanwalt Dr. Rud. Marck

Mannheim, C 2, 11.

Perfekte Stenotypistin

gefucht, bei hoher Entlohnung. Vorstellung nachmittags. 3172

Verkäufer (innen)

für unsere Abteilung Kleiderstoffe u. Seldenwaren Persönliche Vorstellung unter Vorlage von Original-Zeugnissen bei S. Wronker & Co., Mannheim.

Näherin.

Tüchtige saubere für Vorhänge und Dekorationen gesucht. 3148 Bernhard Otto Höhne, Rupprechtstr. 12

2 bessere, saubere, ehrliche Mädchen

für Küche und Haus, wemöglich schon etwas in der Küche Erfahrung, bei hohem Lohn nach Familien-Anschluß, sofort oder 15 März gefucht.

Mädchen als Stütze der Frau

Suche per sofort ein im Haushalt und Wirtschaftlich durchaus bewandertes Mädchen als Stütze der Frau

Wir suchen per sofort oder später eine Jüngere

Hilfskassiererin

welche in der Buchhaltung mit beschäftigt wird Weidner & Weiss Leinen-, Bettlin-, Wäsche-Ausstattungs-geschäft.

Alleinmädchen

das gut bürgerlich toden kann, per 15 März oder 1. April bei hohem Lohn gefucht Zimmermädchen vorhanden. 2003 Dr. Noebel, Hiltlstraße 1a, III.

Kinderfräulein od. Kindergärtnerin

welche auch in der Söuglingspflege bewandert, bei hohem Lohn gefucht. Nur solche mit besten Empfehlungen kommen in Betracht. Zu erfragen im Mannheimer General-Anz. Zweigstelle Reppelstr. 42. 35588

Tüchtiges Mädchen

das gut toden kann und zeitweilige Hausarbeit verrichtet, bei sehr hohem Lohn in gutes Haus auf 15. März oder 1. April gefucht. 35657 Zu erfragen im Mannheimer General-Anzeiger Zweigstelle Reppelstr. 42.

Zuverläss. Mädchen

zur größeren Kindern und i. Zimmerarbeit per sofort gefucht. Kaufmann, L. 7. 35

Alleinmädchen

nur mit besten Zeugnissen bei hohem Lohn sofort oder später in kleine Villa gefucht. Herrmann, Bergstraße 100. 35462

Jüd. Haushälterin

gefucht für meinen aus 60 Jhr. toden lude ich, sehr fröhlich od. Frau. Dienstmädchen auch. Gr. Angen, nebst Gehaltsantrag an A. Dreifus, Him a. d. Deisen. 3597

Dienstmädchen

für leichte Hausarbeit gefucht. Rab Lotterstraße 4, III. r. Zum sofortigen Eintritt gefucht. 35657

1 Zimmermädchen

2 Hausmädchen oder Aushilfen. Hotel Odenheimer D 5, 3

Monatsfrau

möchtlich unabhängig für besseren Haushalt gegen zeitigen Besand gefucht. Nur solche mit gutem Gehalt mögl. sich melden. Rheinstr. D 7, 3, III.

Zuverläss. Stundenfrau

1-2 Stunden norm. gel. 2005 Diets, N 7, 1a

Stellen-Gesuche

Junger tücht. Kaufmann Sprachgewandt, wünscht Beschäftigung in Pre-Posten, abends, Samstag nachmittags, Sonntag früh. Einrichtung u. führen von Buchhaltungen aller Systeme. Angebote unter S. B. 27 an die Geschäftsst. 3597

Köchin

welche auch etwas Hausarbeit übernimmt, in 3. Veran nachmittags sofort gefucht. 1973 Berndt, L 13, 5.

Krankenpflegerin

zur älteren Dame aufs Land p. sofort gefucht. Angebote unter P. J. 60 an die Geschäftsst. 3597

Junges Fräulein

als solche od. Kassiererin gefucht unter N. J. 25 an die Geschäftsst. 3597

Dienstmädchen.

H 9, 16/17, 3 Tr.

Geb. j. Dame

aus guter Familie, mögl. geogr. Kindergärtnerin, die auch bürgerlich ist, die Hausfrau zu unterstützen, toden kann und in Küche und Haushalt behilflich sein. 1. April gegen gute Vergütung. 328

Perfekte Stenotypistin

sucht Stelle als Kassiererin. Angebote unter O. K. 16 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 35599

Wer? verhilft Frauen in gut lohnender Beschäftigung

Wine u. R. U. 20 an die Geschäftsstelle des Bl.

Verkäufe. Rentables Geschäftshaus

mit Büros in bester Lage zu verkaufen. 35909 Angebote unter O. P. 91 an die Geschäftsstelle des Bl.

HAUS

4- und 3-Zim.-Wohnung. Städtisch, zu verkaufen. Angeb. u. R. N. 23 an die Geschäftsst. d. Bl. 35971

1 Punkt-Schweissapparat

Bierpression mit Büfettzubehörteil. abgegeben: 1991

Büro, G 7, 10.

Wohn- (Speisezimmer) Einrichtung vollständig, billig u. perf. ebenf. zwei gute alte Klavir. 35977

Büro-Einrichtung

mit Tel.-Anschluß zu verkaufen. 35577 Angebote unter O. D. 80 an die Geschäftsst. d. Bl.

Federrolle

60 Jhr. Tragkraft mit Volantstiel u. 35992 Sommer, Burgstr. 18.

Gr. Brillant-Ring und Ohrringe

von Bristol zu kaufen gefucht. 35559 Angeb. unter M. J. 85 an die Geschäftsstelle.

Perser Teppiche

antike Gobelins Meister-Gemälde

Wohn-u. Schlafzim.

in nur feinem Hause der Altstadt von Dauernmeyer für sofort gefucht. Geb. Angebote unter R. Y. 24 an die Geschäftsstelle des General-Anzeiger. 35973

Wohnungs-Tausch

Frankfurt a. M. 4 Zimmer und Zubehö, gegen schöne 5-6 Zimmerwohnung ebenfalls gute Lage. Angebote unter H. E. 23 an die Geschäftsstelle des General-Anzeiger. 35973

Lagerplatz

mögl. mit geböhter Halle, Wasseranschluß und Berleberampe sofort zu mieten oder kaufen gefucht. K 4, 22, parterre. Tel. 1474.

Nebenzimmer

(kl. Saal) zum Tausch für 20-25 Paare geeignet, von Berggasse mit einm. wöchentl. abends gefucht. Zuschritten mit Preisang. unter N. C. 4 an die Geschäftsstelle des Bl. 35945

KLEINE ANZEIGEN

Stellen-Angebote und Gesuche, Häuser-An- und Verkäufe, Vermietungen und Miet-Gesuche, Kauf-Gesuche, sowie Verkaufs-Anzeigen aller Art usw. usw.

finden durch den Mannheimer General-Anzeiger

mit seinem bedeutenden Anzeigentell und als der in Mannheim und nächster Umgebung gelesenen Zeitung

die größte Verbreitung.

5271

1 Frack, 1 Anzug

beides nur gut erb. i. mind. für zu kaufen gefucht. Briefliche Angebote mit Preis an H. Reinhard, Ruitstraße 1a. 35960

Miet-Gesuche.

Möblierte und leere Zimmer

Tausche

gegen eine 2, 3 oder 4 Zimmer-Wohnung in besserem Hause in Berlin-Pankow

gut möbl. Zimmer

im Zentrum der Stadt ab. Rühr Schloß (Sehnhof), Angebote unter N. K. 11 an die Geschäftsstelle 35661

Gegen Tausch

3 Zimmer-Wohnung mit Garten, wo Gelegenheit geboten, Häuser zu kaufen gefucht. Preis 2 Zimmer-Wohnung (Schwegingerstr.) wird bedacht frei. Angeb. unter N. Z. 20 an die Geschäftsst. 35732

Leeres Zimmer

wemöglich mit Geböhtung 3. mieten gefucht. Näheres b. G. Schmidt, P. 3, 3, a-7. 17. abbe.

Heirat

Zwei Freundinnen 24 u. 26 Jahre, in Stellung, wünschen mit Herrn in Briefwechsel zu treten zu.

Heirat

Zufchriften unter O. H. 84 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 35587

Heirat

Verheir. mit junger Dame, die die gleichen Interessen besitzt. Geben sich auf Antragsstellung, helteres leiniges Wesen, erste Umarmungsformen. Damen im Alter zw. 18-23, die Interesse an der Kunst haben, wollen Zufuhr mit Bild und S. A. 95 an die Geschäftsst. send. 35975

Ordnentlich. Handwerker

47 Jahre alt, mit etwas Erfahrung, Bau, sucht Lebensgefährtin

Viele verm. Damen

wollen sich bald glücklich verheiraten. Hierin auch ohne Vermögen, erhalten sofort Auskunft durch Paul Polz, Berlin O. 112.

4 Zimmer-Wohnung

mit reichlichem Zubehö, in guter Lage in Tausch, gegen schöne 5-6 Zimmerwohnung ebenfalls gute Lage. Angebote unter H. E. 23 an die Geschäftsstelle des General-Anzeiger. 35973

Lagerplatz

mögl. mit geböhter Halle, Wasseranschluß und Berleberampe sofort zu mieten oder kaufen gefucht. K 4, 22, parterre. Tel. 1474.

Nebenzimmer

(kl. Saal) zum Tausch für 20-25 Paare geeignet, von Berggasse mit einm. wöchentl. abends gefucht. Zuschritten mit Preisang. unter N. C. 4 an die Geschäftsstelle des Bl. 35945



**JACOB STÜCK**  
NACHFOLGER  
WEINBRENNEREIEN  
HANAUAM.

**3**  
führende Marken:  
**Goldstück**  
**Edelstück**  
**Urstück**

**REINER WEINBRAND**

**National-Theater.**  
Mittwoch den 3. März 1920.  
32 Vorstellungen im Bühnen A (für 11 Vorstellungen A 20)  
**Der Gott und die Bajadere**  
Anfang 7 Uhr Höhe Breite Ende 8 1/2 Uhr.  
**Künstlertheater „Apollo“**  
Heute und folgende Tage, abends 7 1/4 Uhr  
A.F.H.A. die Ritzelhafe  
Die 3 Ethors, Francis Gerard u. weitere Sensationen  
In den oberen Räumlichkeiten abendlich 7 1/2 Uhr  
Das Tanzprogramm. 3158

Mittwoch, 3. März, 7 1/2 Uhr — Harmonie  
**3. Abend:**  
Kompositionen v. Franz Liszt  
vorgelesen von  
**Walter Rehberg**  
Sonate h-moll, Campanella Valse impromptu  
Prolonaise E-Dur, Fünferalles, Spanische  
Rhapsodie, Rigoleto, Faust. 3107  
Taschkarten 3.—, 4.—, 5.—, für Schüler  
halbe Preise im Mannheimer Musik-  
haus und Abendkasse.

Versammlungssaal — Rosengarten.  
**3. Vortrag** 3146  
Dr. Obenauer-Darmstadt über  
Goethes Verhältnis zur Religion  
**„Das Dämonische“**  
Mittwoch, 3. März, abends 8 Uhr.

**Palast-Theater**  
**NERVEN** Das große Monumental-  
filmwerk in 6 Akten.

**Kabarett Rumpelmayer**  
**Paul Przybillak**  
Weltmeister im Rollschuhlaufen  
und die übrigen Attraktionen 572

**ECHTER TEE MARKE**

**FEE-TEE**  
UBERALL BEVORZUGT

JOHANNES GOTTE TEE-IMPORT  
DRESDEN 18

Vertreter:  
Cuno Besenfelder, Mannheim, Rapprechtsstrasse 5.

**Bücher-Revisionen**  
Prüfung von Bilanzen  
sowie Neuarrangements, übernimmt versierter  
Bücherrevisor und Treuhänder, gerichtlich Sach-  
verständiger, Steuererklärungeu, la. Referenzen.  
**Oscar Möller, Mannheim.**  
Emil Heckelstraße 6. 2930

**Segen Katarhe**

**Emser Wasser**

**Asbest-**  
Fabrikate aller Art, Weiß- und Blau-Asbest,  
Fadungen mit und ohne Einlage sowie  
**It-Platten**  
mit bestrenommierte englische Fabrikate liefern  
prompt oder kurzfristig 2827  
**Serin & Carls, Köln**  
Tentoburgerstraße 29.  
Erfragen mit Preis- und Probenlisten erbeten.

An die Angestellten der Buch-, Kunst- u. Musikalien-  
handlungen der Druckereien, Annoncenexpeditionen  
u. des Papierhandels in Mannheim u. Ludwigshafen a. Rh.  
in öffentlicher Versammlung am  
Donnerstag, den 4. März, abends 7 1/4 Uhr im Hotel  
National, L. 15, 17 (am Hauptbühl) Mannheim  
spricht Verb.-Geschäft Dr. Pfirrmann über:  
**„Warum brauchen wir die gewerkschaftliche Einzel-  
organisation d. Angestellten d. gesamt. Papierhandels?“**  
Anschließend freie Aussprache.  
Alle kaufmännischen und technischen Ange-  
stellten obiger Gewerbe laden wir dringend ein  
und bitten dieselben, zeitlos zu erscheinen.  
Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und  
Zeitungsgewerbes 3135  
Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen a. Rh.

**Frauen und Töchter!**  
Am Samstag, den 6. März beginnt im  
Restaurant „Darlacher Hof“, P. 5, 2/3, Ein-  
gang durch die Einlaßstr., 1 Treppe, Heiner  
Saal, hier, für jüngere und ältere Damen  
unter lehrm. Leitung ein gründlicher 6tbl.  
9 Stündiger 30825

**Tischdeck- u. Servier-Kursus**  
in Verbindung mit gesellschaftlicher  
Bildungs- und Umgangslehre  
Was lehrt der Kursus?  
1. Anstandslehre im gesellschaftlichen Verkehr,  
Besuchen in der Gesellschaft, Gastempfang,  
Tischsetzungen, Einladungen, Toilette, Reden  
und Unterhaltung, Besuche, Willenforten.  
2. Veranstaltung von Festlichkeiten, der  
Kaffe- und Teezeit, das Kränzen, der  
Damen- und Herren- und Damen- der  
Frühstücks-, Servierlehre für Hausfrau  
und Bediente. Wie sollen wir essen?  
3. Der Mittag- und Abendbrot, Hochzeits-  
tabel, Reihenfolge des Gens.  
4. Das Servieren, das Schmücken der Tafel,  
das Servieren.  
5. Der leibliche Abendbrot, fliegende Tafel,  
6. Servierensregeln usw.  
Der Vortrag erstreckt sich auf theoret-  
ischen und praktischen Unterricht und wird  
lehrender mit allen dazugehörigen Tafelgeräten  
erteilt.  
Lagesferien von 3—6 Uhr,  
Abendkursus von 7—10 Uhr,  
Honorar 25 Mk. zahlbar bei Beginn,  
Erster Unterrichtstag: Samstag, den 6. März  
im Restaurant „Darlacher Hof“, 1 Treppe,  
Anmeldungen am gleichen Tage von  
2 1/2 Uhr ab im obigen Lokal. Rothbuch bitte  
mitbringen. — Bedeudlich genehmigt.  
Die Kursleitung:  
Frau Gertrude Lehnisch,  
gepr. Lehrerin,  
Institut für zeitgemäße Frauenbildung.

Annemertung: Bitte nicht zu verwechseln mit  
den nicht gepr. und sachmänn. sonstg. Unter-  
nehmungen gegen „wildes“ Kurien. D. O.

**Eilen Sie sofort**

**Emil Lechner**  
R. 7, 32 u. Gontardstr. 3, Tel. 6336,  
wobei die Fensterscheiben sowie  
Kunstverglasungen  
schnell u. preiswert repariert haben wollen!

**Umpressen — Umnähen**  
von Damenhüten  
Musterhüte liegen auf.  
**Hut u. Ascherel Joos, Q 7, 20**  
Telephon 5036. 570

**Schreibbarbelten**  
Schreiben, Berichtigungungen, Diktate,  
Überfertigungen etc. fertigt prompt. 537  
Schreib- **Schüritz** O 7, 1  
5070 Tel. 6770.

Zirka 120 Zentner  
**1a. Maschinenguß**  
gegen Höchstgebot abzugeben, Angebote  
unter Q. F. 82 an die Geschäftsst. 3080

**Dresdner Bank**  
Filiale MANNHEIM  
P 2, 2, Planken.  
Geschäftsstellen in: 536  
Heidelberg und Ludwigshafen a. Rh.  
Aktienkapital u. Reserven Mk. 340 000 000  
Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

**GRIPPE**  
das furchterliche Gespenst der Gegenwart bedroht Jung und  
Alt. Das beste Vorbeugungsmittel ist das bekannte  
**HALOFORM**  
D. R. P. a.  
(Jed. colloidale 14,0, Croc. mart. 10,0 Natr. chlor. ad. 100,0).  
**HALOFORM** wirkt vorzüglich gegen  
Schnupfen, Katarrhe, Grippe. **Jahrelang**  
anwendbar, einmalige Anschaffung. Jeder  
kann es in der kleinsten Tasche bei sich  
tragen. Zu beziehen in Apotheken und  
Drogerien oder durch alleinige Hersteller:  
**Pharmazeutische Gesellschaft Walter & Co.**  
Frankfurt a. M., Kaiserstr. 33 [E167] Telegrammadresse: Felwalt.

**Mannheim-Ludwigshafener Ungeziefer-Versicherung**  
„Radikal“.  
**Kroschel & Zimmer,**  
Mannheim, T 5, 10, Ludwigshafen a. Rh., Maxstr. 4.  
Verl. Anruf 4015 (A. Strobel, Mannheim) Postscheckkonto L'hafen a. Rh.  
Mit dem Heutigen eröffnen wir ein Spezial-  
Geschäft zur  
**Beseitigung von Ungeziefer aller Art.**  
Durch langjährige praktische Erfahrung sind wir in der Lage, alle  
einschlägigen Arbeiten auf diesem Gebiete zur vollsten Zufriedenheit  
bei prompter Bedienung zu realen Preisen auszuführen und bitten wir,  
unser Unternehmen möglichst zu unterstützen.  
Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, das uns geschenkte Ver-  
trauen durch gewissenhafte Bedienung und strengste Diskretion in  
jeder Weise zu rechtfertigen.  
**Kroschel & Zimmer.** 3160

**1 Lastauto Bergmann, 4 Tonnen mit Vollgummi**  
**1 Lastauto Hansa Lloyd, 4 Tonnen mit Vollgummi**  
**1 Lastauto Büssing, 3 1/2 Tonnen mit Eisenbereifung**  
**1 Lastauto Büssing, 4 Tonnen mit Eisenbereifung**  
**1 Lastauto Vomag, 4 Tonnen mit Eisenbereifung**  
**1 Lastauto Daimler, 3 Tonnen mit Eisenbereifung.**  
sämtlich durchrepariert und neu gestrichen, sowie  
**1 Landulet Fulmina, mit kompletter Bereifung**  
**1 Personenauto N. A. G., Viersitzer**  
**1 Personenauto Stoewer, Viersitzer m. 2 Notsitzen**  
verkauft preiswert 3142  
**Landw. Zentral-Bank für Deutschland**  
Filiale Ludwigshafen a. Rh., Maschinenabteilung.

**Drucksachen** für die gesamte Industrie liefert prompt  
Druckerol Dr. Haas, G. m. b. H. 35

**Schauburg**  
Nur noch  
Zwei Tage!  
**Max Landa**  
der Meisterdetektiv  
in 3152

**Die Spione**  
4 Akte 4  
in steraubender  
Spannung

**Bruno Kastner**  
und seine Partnerin,  
die ransige russische  
Fledermaus

**Ria Jende**  
in  
**Der letzte  
Sonnensohn**  
Abenteurerfilm in vier  
Akten.

**Schauburg**  
Sportberichte der  
Neva-Filmgesellschaft  
**Vereins-Regatta  
des Nürnberger  
Rudervereins**  
auf dem Dutzendteich

**Nächste Monats  
Gold-Lotterie**  
Ziehung 5. März 1920  
3264 Gesamt- und  
Haupttreffer 8230  
**37 000**  
**20 000**  
**15 000**  
Mk. bar ohne Abzug  
Lose 1,10 Mk. Porto  
u. Liste 30 Pf. empf.  
Lose-Direktion  
**J. Stürmer**  
Mannheim, O 7, 11  
früher Strassburg i. E.  
Hersberger, Hoff-  
mann, Schmitt,  
Möhrer, J. F. Lang  
Sohn, Neudorfheim.

**Friseur**  
nimmt nach Stadt-  
kundschaft außer  
dem Hause an, Strassen  
u. P. O. 56 an Niederstraße  
11a 5530

**Telefonnummer**  
zu kaufen gesucht.  
Ang. in Zeitung u. P. W.  
73 a b Ged. 5111. Bonn  
Dane Berlin, im. Auf-  
nahme sowie Westamt in  
diebesbüß. Angelegenheit  
h. erfahr. Frauchreit 1913  
ausm. Mail u. Q. O. 90 an  
die Geschäftsstelle 35507

**Piano, neu**  
gegen ein gebrauchtes ge-  
wisses geucht, mit Auf-  
zahlung. 5559  
Q 2, 12, 5. Str.

**Gelbes Hündchen**  
mit Nadelband ent-  
laufen. Abzug, ge-  
gute Belohnung 3090  
**Kaiserring 34. 1.**  
**Nähmaschinen**  
repariert  
**Knaus, L. 7, 3.**  
Volltaste gerührt  
lichten Sie auf unter  
**echte Bronze.**  
L. Spiegel & Sohn  
Heidelbergstr., O 7, 9.

525 **Detektiv-**  
Institut u. Anskunft W. F. Krüger  
gagr 1903 Mannheim L. 6, 14 — Teleph. 5172  
Vertrauliche Auskünfte jed. Art, Beobachtung,  
Ermittlungen Erhebung, Heiratsauskünfte

**Ein Waggon**  
**Küchen**  
in schönsten Formen, lackiert  
und isoliert eingetroffen. 3050  
**Möbelhaus Lippmann & Co. Nachf.**  
F 2, 8 Mannheim F 2, 8

**Mitteilungen  
der Geschäftsstelle**  
Wir machen wiederholt darauf auf-  
merksam, daß Quittungen über den  
Bezug unseres Blattes nur dann gül-  
tigkeit besitzen, wenn diese von der  
Geschäftsstelle ausgesieilt sind. An-  
dere Ausfertigungen sind ungültig.  
5267